Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 210 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Donnerstag, den 8. September 1921 | Anzeigenpreis: Zum amtl. Teil 1 mm Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Der Aufruhr in Mitteldeutschland.

Severing und Hörsing als Zeugen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Am Mittwoch setzte der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages seine Beratungen über den mitteldeutschen Aufstand fort. Auf der Tagesordnung stand die Vernehmung von Zeugen, die gemäß der Verfassung öffentlich war. Bei der Zeugenvernehmung, zu der die Gen. Severing, Hörsing und andere Regierungsbeamte als Zeugen geladen waren, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Kuttner (Soz.) von einer eidlichen Vernehmung abgesehen. Nach Erledigung einiger Vorfragen gab zunächst

Staatsminister a. D. Severing

eine Darstellung der Ursachen des Aufruhrs, in der er u. a. ausführte: Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ist bekannt. Der Terror in den Betrieben nahm in erschreckender Weise zu und wurde von den zuständigen Behörden aufmerksam verfolgt. Von einem Einschreiten wurde auf Bitten der zuständigen Gewerkschaften, die nur eine Verschlimmerung davon befürchteten, abgesehen. Ausländer haben sich in Halle in großer Zahl aufgehalten. Ich war bereit, Ausländer auszuweisen, die nach Art des Viktor Stern den wirtschaftlichen Frieden zu stören suchten. Die rechtsstehenden Selbstschutzorganisationen, die über hinreichend Waffen verfügten, erregten in der Arbeiterschaft das größte Mißtrauen und trugen dazu bei, auch hier die Ablieferung der Waffen zu verzögern. Ich habe aber stets darauf gedrungen, bei der Entwaffnungsaktion mit größter Parität gegen rechts und links vorzugehen. Bei den Berliner Dynamitattentaten stammen große Teile des Sprengstoffes aus Mitteldeutschland, und diese Warnungssignale veranlaßten mich, den Oberpräsidenten anzuweisen, rechtzeitig zuzugreifen. In einer gemeinsamen Besprechung mit dem Oberpräsidenten und dem Merseburger Regierungspräsidenten wurde der Einmarsch der Polizei beschlossen. Zugleich wurde damals auch beschlossen, solche Amts- und Gemeindevorsteher aus ihren Aemtern zu entfernen, die sich bei ihrer Amtsführung nicht von den bestehenden Beschlüssen bestimmen ließen. Bei der Besprechung, an der Vertreter aller politischen Parteien, (Wir sind von diesen Besprechungen nicht unterrichtet gewesen. Red. d. Volksstimme.) außer den Kommunisten teilnahmen, wurde von rechter Seite unseren geplanten Maßnahmen widersprochen. Die Alarmierung der Reichswehr haben wir vor allem mit Rücksicht auf die oberschlesische Abstimmung in Uebereinstimmung mit dem Reichskabinett vermieden. Am 17. oder 18. März rief die „Rote Fahne" mit Hinweis auf Oberschlesien und die Sanktionen am Rhein, die Arbeiter überall zu gesamter Aktivität auf. Als danach die Arbeiter gegen die Schupo aggressiv wurden, erwog das Kabinett nochmals das Einsetzen der Reichswehr. Gerade die Hinzuziehung der Reichswehr würde aber die Lage noch komplizierter gestaltet haben. Ich wußte auch, daß Reichswehr nur weitere Kreise der Arbeiterschaft dem Aufstand geneigt machen, und die Gefahr vergrößert haben würde. Auch haben sich hinterher die aufgebotenen Polizeikräfte als genügend erwiesen. Es wäre viel gewonnen, wenn in Zukunft nicht solche traurigen Ereignisse von verschiedenen Seiten zu parteipolitischen Zwecken ausgeschlachtet würden. (Wendet sich gegen das Treiben der „Hallescheen Zeitung" und der „Allgemeinen Zeitung" in denen Dryander und Heyendreich gegen Hörsing und Severing loslegten. D. Red.) Die Autorität der behördlichen Organe muß in der Oeffentlichkeit besser gewahrt bleiben. (Stürmische Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Was gegen die Landräte des Aufstandsgebietes, besonders in Bitterfeld, sowie gegen den Oberpräsidenten vorgebracht worden ist, beruht größtenteils auf tendenziöser Erfindung. Ueber die Beteiligung einiger Amts- und Gemeindevorsteher am Aufstand, lag am 21. April, als ich mein Ministerium abgab, noch kein abschließendes Ergebnis vor.

Der Terror in den Betrieben.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden erstattet Abg. Severing über einzelne Punkte, wie den Terror in den Betrieben, Auftreten von verdächtigen Ausländern u. dgl. noch eingehenden Bericht. Die Zeitungsnachrichten über massenhaftes Auftreten von Ausländern waren stark übertrieben. Die Orgesch war innerhalb des Aufstandsgebietes überall bewaffnet und organisiert, und deshalb ließen die Arbeiter sich so schwer überzeugen, daß die Waffen abgegeben werden mußten. Von einer geheimen roten Armee kann kaum gesprochen werden, da Bewaffnung und Organisation der Anführer äußerst mangelhaft war. Viel gefährlicher waren die Sprengstoffvorräte der Aufständischen. Mein Eindruck war der, daß die kommunistische Partei das Signal gegeben hat, zwar nicht für einen spezifisch mitteldeutschen Aufstand, wohl aber für ein allgemeines Vorgehen, um die Situation auszunutzen, die durch Oberschlesien und die Sanktionen entstanden waren. Detaillierte Angaben lagen vor allem in Ostpreußen vor. Provoziert werden konnten die Arbeiter durch die Polizei nicht, denn selbst nach Aussage der U.-Soz.-Führer ist diese durchaus besonnen und maßvoll vorgegangen. Am 17. März hat der Regierungspräsident von Merseburg von mir die Anweisung bekommen, gegen kommunistische Amts- und Gemeindevorsteher vorzugehen. Die Vorwürfe gegen Landrat Kasparek haben sich während meiner Amtszeit nicht beweisen lassen. Die endgültige Bestätigung Kasparets ist aber hinausgeschoben, bis über seine angeblichen militärischen Vorstrafen völlige Klarheit geschaffen wäre, was bis zu meiner Amtsniederlegung noch nicht erreicht war. — Auf eine Anfrage des einen Berichterstatters Dr. Liebknecht erklärt Severing, daß sein bekannter Artikel im „Getreuen Eckart" durchaus nicht im Widerspruch zu der amtlichen Denkschrift stehe, sondern daß der offene Ausbruch des Aufstandes eine unvorhergesehene, unbeabsichtigte, aber schließlich nicht unwillkommene Folge des Einsetzens der ersten schwachen Polizeikräfte gewesen sei. Gleich nach dem Siegesäulen-Attentat habe er die Spuren, die nach Mitteldeutschland führten, um so eifriger aufgenommen, als er wußte,, daß Hölz in Mitteldeutschland aufgetreten war; auch mußten die daraufhin nach Mitteldeutschland entsandten Kriminalbeamten durch Polizeikräfte geschützt werden.

Der andere Berichterstatter, Dr. v. Dryander, stellt verschiedene Fragen, u. a. was auf die Berichte des Reichskommissars über Aufstandsvorbereitungen zu einem bestimmten Termin vorbeugend geschehen sei.

Darauf erwidert Severing: Diese Termine haben sich fast immer als unzuverlässig erwiesen, trotzdem pflegte ich die Lage jedesmal an Ort und Stelle nachzuprüfen. Zur Grundlage eigener Entschließungen konnten aber nur die Berichte der eigenen Organe gemacht werden. Die Behauptung, ich habe im Hinweis auf die alleinige Zuständigkeit des Reichskommissars im Sommer 1920 jede Verantwortung für die Aufhebung von Waffenlagern bei Orgesch-Angehörigen abgelehnt, trifft nicht zu. Die wichtigsten Vorbeugungsmaßnahmen sind in den unruhigen Zeiten grundsätzlich nur mündlich veranlaßt und aus politischen Rücksichten nicht in vollständigem Umfange bekanntgegeben worden. Material für einen Rechtsputsch lag hinreichend vor, gerade damit begründete der Oberpräsident die Verhängung des Belagerungszustandes.

Hörsing als Zeuge.

Nach der Mittagspause beschloß der Ausschuß die Vernehmungen Severings abzubrechen und in die Vernehmung des Oberpräsidenten Hörsing einzutreten. Oberpräsident Hörsing führte etwa Folgendes aus: Die Ursachen des Aufstandes reichen bis zum Kapp-Putsch zurück. Seit jener Zeit war in der Arbeiterschaft ein unbesiegbares Mißtrauen gegen Polizei und Militär zurückgeblieben. Dazu kam die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Gegensätze zwischen Links- und Rechtsradikalen spitzten sich in bedrohlichster Weise zu. Die Lügenfabrik, die täglich über rote Armeen berichtete, konnte ich in einer Spitzelzentrale aufdecken. Waffenfunde wurden sehr zahlreich gemacht. Abgeliefert wurden von beiden Seiten nur wenig Waffen. Zugleich setzte ein ungeheurer Terror ein. Die Arbeiter wurden vielfach gezwungen, den kommunistischen „Klassenkampf" zu abonnieren. Schließlich entrollte eine Besprechung mit den örtlichen Behörden besonders bezüglich der Zustände in Mansfeld und Eisleben ein so erschreckendes Bild der öffentlichen Unsicherheit, daß ich den Minister bat, dort eine Polizeiaktion zu unternehmen, jedoch nicht vor dem 19. März, um die oberschlesische Abstimmung nicht zu gefährden. Mit der Führung der Aktion wurde dann ein alter erfahrener Polizeioffizier beauftragt, der im Kriege Bataillonskommandeur war. Auf die Spuren des Siegessäulenattentates hin, die nach Hettstedt wiesen, wurde die ursprünglich geplante Zahl der Polizeitruppen verdoppelt. Um die Arbeiterschaft vor Aufregung zu bewahren, habe ich den Zweck der Aktion in einem Aufruf auseinandergesetzt und den Truppenführern Zivilkommissare beigegeben, mit dem Erfolg, daß selbst von den organisierten Kommunisten sich nur ein Drittel an dem Aufstand beteiligte. Ich war gegen die Heranziehung von Militär, weil die geringe Beteiligung der Arbeiterschaft sich dann ausgewachsen hätte zu einmütigem Widerstand der Massen weit über die Grenzen der Provinz hinaus. Eine rote Armee hat es nach meiner Kenntnis in der Provinz Sachsen nie gegeben, sondern nur improvisierte größere und kleinere Banden. Notwendig war die Aktion, weil die Staatsautorität von rechts- wie von linksradikaler Seite durch einen systematischen Verleumdungsfeldzug völlig untergraben war. Während der Aktion sind einzelne Fälle von Ausschreitungen verschiedener Beamten gemeldet worden; die Fälle liegen dem Oberstaatsanwalt in Halle zur Untersuchung vor. Grausamkeiten der Kommunisten gegen Polizeibeamte sind unbeteiligte sind erwiesen. Vor dem Aufstande waren in der Provinz zahlreiche Russen agitatorisch tätig, die aber beim Ausbruch des Kampfes spurlos verschwanden. Alarmnachrichten und Gerüchte über Putsche von links oder rechts haben wir das ganze Jahr lang Tag für Tag erhalten, sind aber trotzdem jeder bestimmten Meldung nachgegangen. Die Existenz einer roten Armee konnte in keinem Falle festgestellt werden. Orgeschähnliche Formationen gab es in der Provinz von jeher in großer Zahl, von bewaffneten, militärisch organisierten Organisationen zu Putschzwecken habe ich aber ebenso wenig bemerkt, wie von roten Armeen.

Eine zentrale Aufstandsparole der kommunistischen Partei ist erst seit dem Kampf um das Leunawerk erfolgt. Die Eisenbahnattentate können zum Teil mit Recht Verbrechern zugeschoben werden. Ueber die Verstümmelung von Leichen von Schutzpolizisten sind die Untersuchungsakten der Staatsanwaltschaft übergeben. Zeuge bestreitet, daß bei den oberen Beamten der Polizei in der Provinz Sachsen ein besonders starker Wechsel geherrscht habe, und daß er bei der Auswahl der Amtsvorsteher und Ortspolizeibehörden unvorsichtig gewesen sei. Er habe z. B. 108 Personen trotz ihrer Wahl durch den Kreistag nicht bestätigt. Die Mitgliedschaft bei der unabhängigen sozialdemokratischen Partei habe er nicht als Hinderungsgrund betrachtet. Gegen diejenigen Amtsvorsteher, die sich übel benommen haben, ist das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Die Einwände des Berichterstatters Dr. von Dryander gegen die Wahl und die Persönlichkeit des Landrats Raute entbehrten der Begründung.

Berichterstatter Dr. v. Dryander bringt Einzelheiten gegen die Wahl des Landrats von Delitzsch vor und behauptet, er fuße mit seinen Einwänden auf den Akten des Ministeriums des Innern.

Es entspinnt sich sodann eine Debatte über den Zeitpunkt der Wahl und wegen der Bestätigung Rautes. Es wird angeregt, zunächst die Akten herbeizuschaffen und dann die beiden Fälle Raute und Kasparek weiter zu behandeln.

Zum Fall Kasparek gibt der Zeuge an, er habe bei der Staatsanwaltschaft in Halle eine Reihe von Strafanträgen gegen die Beleidiger Kasparets gestellt. **Die Staatsanwaltschaft hat aber nur die Beleidiger Kasparets vernommen und den Oberpräsidenten ersucht, die Anträge zurückzuziehen.** Ich habe aber vielmehr die Durchführung verlangt. Die angebliche Unterschlagung Kasparets war die Intrige eines Feldwebelleutnants, der den damaligen Ortskommandanten Kasparek aus seiner Stellung in Rumänien verdrängen wollte. Kasparek hat seit der Spaltung der Urabhängigen die Kommunisten scharf bekämpft und wurde von ihnen in unerhörter Weise angegriffen. Die Ablehnung polizeilichen Eingreifens in Sangerhausen hat nicht Kasparek verschuldet, sondern der Mangel an Polizeitruppen unter der Verfügung des Oberpräsidiums. **Kasparek hat seine Vorgesetzten während des Putsches stets auf dem Laufenden gehalten bis durch das unerwartete Eingreifen der Hilfs-Garde das Unglück geschah.** Dem kommunistischen Stadtrat Franzke hat er die Sorge für die öffentliche Sicherheit nur in der sicheren Erwartung überlassen, daß nach 2 Stunden Polizei eintreffen würde, deren Ankunft sich dann leider verzögert hat. Kasparek der ein fleißiger und tüchtiger Beamter war, ist auf eigenen Wunsch ausgeschieden, weil er der maßlosen Hetze nicht mehr gewachsen war.

Nach kurzer Debatte mit Abg. v. Dryander über die Ausbildung der Polizei wendet sich Oberpräsident Hörsing gegen den Vorwurf, daß er seine Maßnahmen nicht in Uebereinstimmung mit den Offizieren getroffen habe; er habe eben die Taktik, die Polizei an einzelnen Punkten zu konzentrieren wegen der Entblößung anderer Ortschaften und Bildung von neuen Aufruhrherden für falsch gehalten. Der Oberpräsident schildert dann die Aktion auf Eisleben ausführlich, um den Vorwurf zu entkräften, daß sie mit ungenügenden Kräften unternommen worden sei. Ueber Erschießungen und Grausamkeiten der Polizei bemerkte der Zeuge, daß der Reichstagsabgeordnete Krüger, der sich mit Polizeioffizieren zum Leunawerk begeben habe, keine dieser angeblichen Grausamkeiten feststellen konnte. Auch in Gröbers haben nach tagelangen Vernehmungen und Untersuchungen die widerspruchsvollen Zeugenaussagen keine positive Schuld erwiesen. Die Akten sind der Oberstaatsanwaltschaft in Halle zur weiteren Untersuchung übergeben worden. Von einem Beschluß der Besatzung des Leunawerkes, am nächsten Tage keinen Widerstand mehr zu leisten, kann schwerlich die Rede sein, denn noch am Tage vor dem Sturm haben an allen Ausgängen bewaffnete Posten die Bevölkerung kontrolliert, so daß man annehmen mußte, daß die Besatzung es zum Kampfe kommen lassen wollte. Die Polizei trifft kein Vorwurf wegen der Todesopfer bei der Erstürmung des Werkes. Erschießungen Wehrloser nach der Einnahme sind nicht festgestellt.

Damit ist die Vernehmung des Oberpräsidenten Hörsing beendet. — Am Donnerstag werden als weitere Generalzeugen Regierungspräsident von Gersdorff und Regierungsrat Kielhorn vernommen werden. Außerdem wird die Vernehmung des Ministers Severing zu Ende geführt werden. Schluß 6 Uhr.

(Wir werden erst nach der Beendigung der Verhandlungen Stellung zu den Ergebnissen nehmen. D. Red.)

Die werdende Einheitsfront.

Gegen das Verbot kommunistischer Zeitungen.

Berlin, 8. Sept. (Priv.-Tel.) Wie der „Vorwärts" meldet, fand gestern eine vertrauliche Aussprache von Vertretern der S. P. D. mit solchen der U. S. P. D. über die politische Lage statt. Man war sich darüber einig, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfiehlt. Im Vordergrunde stand die bayerische Frage. Allseitig wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern notwendig sei. Am Abend unterrichteten Vertreter der beiden Parteien den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern über ihre Auffassung. Insbesondere betonten sie, daß auf Grund des Verbotes des Reichspräsidenten neuerdings wiederholt kommunistische Blätter verboten wurden. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Rechtsprovokationen gerichtete Charakter der Verordnung nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwischt und nach links umgebogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter erklärten, wenn linksstehende Blätter zur Gewaltanwendung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Republik aufforderten, so müsse die Verordnung auch gegen sie Anwendung finden. Die Besprechung wird heute abend fortgesetzt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0001

Für die Reichsregierung.

Der Präsident des württembergischen Landtages hat das Verlangen der Fraktionen der württembergischen Bürgerpartei und des Bauernbundes auf Einberufung des Landtages zur Besprechung der von ihnen eingebrachten großen Anfrage wegen der Reichsverordnung und des Verbotes der Süddeutschen Zeitung abgelehnt. Die Fraktion hat daraufhin bei der Regierung Vorstellung erhoben und verlangt, daß die württembergische Regierung bei der Reichsregierung nachdrücklichst ungesäumt für die Aufhebung der Verordnung eintrete.

Das braunschweigische Staatsministerium veröffentlicht eine Kundgebung „an Alle", in der sie den Aufruf der Reichsregierung vom 29. August und die zum Schutze der Verfassung und Republik getroffenen Maßnahmen billigt. Das Staatsministerium versichert darin, daß es die Reichsregierung im entscheidenden Vorgehen gegen alle Feinde der Verfassung und Republik unterstützen werde.

Kapitalistensturm auf Wirth.

Am Sonntag vormittag hat der Reichskanzler Wirth bei einer Kundgebung der Groß-Berliner Zentrumsorganisation in der Stadthalle eine bedeutsame Rede gehalten, die unsere erlauchten Kapitalisten in Harnisch gebracht hat. Nachdem er unter anderem auch ein Gesetz zum Schutze der Ehre derjenigen, die im politischen Leben stehen, angekündigt hatte, nachdem er erklärte, daß Walter Rathenau dem deutschen Volke bisher mehr genützt habe als die ganze Stadiongesellschaft zusammen, kam er auch auf die Zahlung der letzten Goldmilliarden zu sprechen. Im Bericht des „Vorwärts" heißt es darüber:

„Der Reichskanzler richtete dann scharfe Angriffe auf das Großkapital. Dieses habe die Zahlung der Goldmilliarde sehr erschwert. Es habe nicht patriotisch, sondern aus Egoismus und Gewinnsucht gehandelt, weil es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte, in der Hoffnung, daß der Dollar weiter steigen werde."

Diese Ausführungen haben Herrn Rießer, den Vorsitzenden des angeblich liberalen Hansabundes, der gerne von sich reden macht, auf den Plan gerufen. Er hat an den Reichskanzler einen Brief gerichtet, in dem er Verwahrung gegen den Ausdruck Großkapital einlegt, da sich darunter die Volksmassen stets nur die Großbanken vorstellten, diese hätten aber die Zahlung der Goldmilliarde nicht erschwert, sondern in jeder Hinsicht gefördert.

Darauf antwortete Wirth in einem Briefe, in dem es heißt: „Angriffe gegen das Großkapital sind meinerseits überhaupt nicht erfolgt, da ich von Großkapital überhaupt nicht gesprochen habe. Ich sprach vielmehr von einer Epoche des Hochkapitalismus, der sich im wilden Börsentaumel der letzten Wochen und Monate geäußert hat und zeigte an der Spekulationswut, wie weit die Spekulation von dem Gedanken der Gemeinschaft und des Vaterlandes sich fernhält. Dabei habe ich, soweit ich mich erinnere, einen Satz angedeutet, der wörtlich vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt" bei Besprechung der Börse sich vorgefunden hat, wobei auf den ungeheuren Egoismus der Devisenbesitzer hingewiesen war".

Die reaktionäre Presse schreit, die Stellung Wirths sei schwer erschüttert, erstens weil der Bericht in dieser Form die Ausführungen Wirths verbreitet habe, zweitens weil Wirth diesen Bericht nicht als richtig anerkannt habe.

Wir glauben schon, daß die Kapitalisten Wirth hassen und daß sie ihn am liebsten stürzen möchten.

Wir glauben schon, daß die Kapitalisten Wirth hassen und sie ihn am liebsten stürzen möchten. Wir begreifen deshalb seine Vorsicht in der Wahl seiner Worte. Auf Grund der Tatsachen hätte er aber nicht ruhig in der Form sprechen können, wie der Bericht des „Vorwärts" lautet:

Wer hat die Devisenordnung, die dem Reiche die zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen notwendigen Devisen besorgen sollte, unterwühlt, bis sie schließlich aufgehoben werden mußte?

Wer hat den Gedanken einer Gemeinwirtschaftsbank, die u. a. zur Kreditbeschaffung im Auslande dienen sollte, mit letzter Kraft aus eigensüchtigen Interessen heraus bekämpft?

Wer hat die Auskunftspflicht der Banken, die die Verschiebung von Kapital ins Ausland und damit den Verkauf deutscher Mark in fremden Geldsorten verhindern sollte, dauernd befehdet?

An all diesen Machenschaften hatte der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes unter Leitung des extremen Manchestermannes Dr. Rießer hervorragenden Anteil.

Gegen Gewalttätigkeiten von links.

Berlin, 7. Sept. (Amtlich.) In verschiedenen Fällen sind politisch harmlose Vereinsveranstaltungen und öffentliche Versammlungen planmäßig unter Anwendung von Gewalt gestört und gesprengt worden. Der Polizeipräsident von Berlin ist nicht gesonnen, eine derartige Verkümmerung der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereinsfreiheiten zu dulden. Er hat seine Organe angewiesen, in allen solchen Fällen nachdrücklichst gegen die Ruhestörer einzuschreiten. Im übrigen vertraut der Polizeipräsident darauf, daß die Ueberfälle nicht auf Weisungen irgend einer politischen Partei zurückzuführen sind, sondern daß sie von einzelnen besonders radikalen Mitgliedern oder Mitgliedergruppen auf eigene Faust unternommen werden. Der Polizeipräsident erwartet, daß die in Betracht kommenden Parteileitungen von selbst ihre Mitglieder anhalten, in Zukunft derartige gemeinschädliche Treibereien zu unterlassen, da dieses Treiben eine unnachsichtliche Bestrafung wegen Landfriedensbruches nach sich ziehen muß.

Speyer, 7. Sept. (WTB.) Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstration in der vorigen Woche, bei der das Regierungsgebäude demoliert wurde (es wurden die Kaiserbilder zum Fenster hinausgeworfen. Red. d. Volksst.), hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter verlangten Freigabe der Verhafteten und sind heute vormittag in den Ausstand getreten. Um 11 Uhr vormittags wurde das Regierungsgebäude von der Menge gestürmt. Bei dem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Demonstranten fielen Schüsse, ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Scheer darf sprechen.

Berlin, 7. Sept. (WTB.) Auf Antrag der badischen Regierung wurde kürzlich eine von dem Offiziersbund in Konstanz beabsichtigte Versammlung, in welcher der Admiral Scheer sprechen wollte, verboten. Nachdem der bekannte Aufsatz des Admirals Scheer erschienen war, sind erneute Anregungen, einen ähnlichen Vortrag des Admirals Scheer in Freiburg zu verbieten, vom Reichsminister des Innern mit der ausdrücklichen Begründung abgelehnt worden, daß die Persönlichkeit des Admirals Scheer die Gewähr biete, daß in der Versammlung nicht gegen den § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen würde.

Verhaftete Kommunisten.

Braunschweig, 8. Sept. (WTB.) In Verbindung mit dem kürzlich stattgefundenen Dynamitanschlag auf verschiedene Gebäude in Braunschweig wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet, die im dringenden Verdacht stehen, an den Attentaten beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Faßhauer. Die Verhafteten sind verdächtig, an dem nächtlichen Ueberfall auf den Harzort Braunlage und auch an mehreren Raubüberfällen beteiligt gewesen zu sein.

Die Bayern in Berlin.

Berlin, 7. Sept. (Amtlich.) Heute nachmittag um 4 Uhr begannen in der Reichskanzlei die Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Sie wurden um ½8 Uhr abends abgebrochen und werden morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Der Beamtenausschuß des Landtages.

Die heutigen Ausschußverhandlungen begannen mit den Vorträgen des Deutschen Beamtenbundes, die die einzelnen Abänderungsanträge zu den Einführungsbestimmungen zum Beamtendienstenkommengesetz begründeten. Am Schlusse der Ausführungen der Beamtenvertreter wurde der Antrag gestellt, die Regierung sollte sich hierzu äußern. Die Regierungsvertreter lehnten jedoch eine Aeußerung in Gegenwart der Beamtenvertretung ab. Hieran entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren weiterem Verlaufe die Beamtenvertreter gebeten wurden, den Verhandlungssaal zu verlassen. Die weitere Geschäftsordnungsdebatte führte dazu, daß die Sitzung vertagt wurde und in eine lose Besprechung eingetreten wurde, in der die Regierungsvertreter im Beisein der Beamtenvertreter ihren Standpunkt auseinandersetzten. Die sozialdemokratische Partei hat gegen diese geschäftsordnungsmäßige Behandlung gestimmt und verlangt, daß die Regierungsvertreter im Beisein der Beamtenvertreter in der offiziellen Sitzung sich äußern sollen. Darauf erfolgte die Aussprache zwischen den Regierungs- und den Beamtenvertern.

Vom Völkerbund.

Zu Beginn der Mittwoch-Vormittagsitzung der Völkerbundsversammlung verlangte sofort der Delegierte für Chile, Edwards, das Wort, um energisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation zu protestieren, daß der Artikel 19 des Paktes auf den Vertrag zwischen Bolivia und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden solle. Nachdem sich die beiden bolivianischen Delegierten Armndyn und Ganehas, verteidigt hatten, schlug der Präsident von Karnebeek vor, daß, um der Versammlung Gelegenheit zu reiflicher Ueberlegung zu geben, die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten gedruckt und verteilt werden sollten. Eine Entscheidung könne dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen.

In der ersten Sitzung des dritten Ausschusses für Abrüstung und Blockade führte Branting-Schweden den Vorsitz. Einstimmig nahm man laut Mitteilung des Völkerbunds-Sekretariats den Ausschußantrag Lord Cecils an, der von Schanzer-Italien und Viviani-Frankreich unterstützt wurde, daß die Kommissionssitzungen nur soweit wie möglich öffentlich geführt werden sollen.

Der argentinische Antrag auf Abänderung des Artikels des Völkerbundspaktes über die Aufnahme neuer Staaten, der die Aufnahme aller souveränen Staaten bestimmt, ist von der Komission für Aenderungen des Paktes abgelehnt worden.

Englischer Gewerkschaftskongreß und Völkerbund.

London, 8. Sept. (WTB.) Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm eine von Clynes begründete Entschließung an, in der gefordert wird, daß der Völkerbund derart umgestaltet werde, daß er volle Gewähr für eine angemessene demokratische Vertretung aller Nationen biete. Es heißt darin, der Friede könne nur gesichert werden durch Schaffung einer internationalen Körperschaft, die das Vertrauen der Bevölkerung eines jeden Landes besitze, das nur gewonnen werden könne durch eine angemessene direkte Vertretung sämtlicher Parteien in der Völkerversammlung.

Um das Burgenland.

Wien, 7. Sept. Wie das Telegr.-Korresp.-Bureau meldet, haben heute nachts 12 Uhr etwa 70 mit Handgranaten und Gewehren bewaffnete ungarische Freischärler die Gendarmerie und Grenzposten von Zagersdorf südlich von Eisenstadt angegriffen. Es entspann sich ein Gefecht, bei dem auf österreichischer Seite ein Mann getötet, einer schwer und drei leicht verletzt wurden. 26 Gendarmen wurden gefangen und mit verbundenen Augen in der Richtung Oedenburg abgeführt, sodann ihrer Monturen, Waffen, Ausrüstungsgegenstände und ihres Geldes beraubt und dann wieder nach Zagersdorf zurückgeführt.

Wien, 7. Sept. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht einen Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes westungarischen Frage, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein Kampf um das Burgenland auch einen Kampf um die Freiheit der Republik Oesterreich gegen die Wiederherstellung der Habsburgischen Monarchie bedeuten könne. Die Arbeiterschaft werde daher aufgefordert, die österreichische Wehrmacht dadurch zu unterstützen, daß sie den Verkehr und alle für die Verpflegung und Ausrüstung der Wehrmacht wichtigen Betriebe ungestört im Gange erhält und allen, welche die Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten herausfordern, kräftig entgegentritt.

Englischer Gewerkschaftskongreß und Irland.

London, 7. Sept. Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müßte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In einer Entschließung wird nachdrücklich erklärt, daß ein Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Landes müßte einem Zurückgreifen auf die Gewalt bis zum Aeußersten Widerstand leisten und auf der sofortigen Einberufung einer Friedenskonferenz bestehen.

Waldwinkel.

Erzählung von Theodor Storm.

(8. Fortsetzung.)

Er sah nicht hin, er hatte nur Augen für die junge Gestalt, die er in seinen Armen hielt, die er wie ein Kind jetzt in den Wagen hob. Dann pfiff er seinem Hunde und bald hatten sie die kurze Strecke bis zum Hause zurückgelegt.

Er fand dort alles in gewohnter Ordnung; die alte Wieb trat im saubersten Sonntagsanzug ihm entgegen, voll Freude über seine unerwartet schnelle Heimkehr. Aber er sagte ihr, daß der Wagen schon morgen wieder bestellt sei, daß er in der großen Stadt zu tun habe und daß Franziska mit ihm reisen werde. Und dieser flüsterte er zu: „Du bist es doch zufrieden, Franzi! Wir gehen wieder zu der entzückten Ladendame; kleine seidene Stiefelchen soll sie dir anmessen! Du sollst dir alles selber aussuchen — doch nein! Du bist zu anspruchslos, du würdest doch nur Kleider für dich kaufen. — Ich aber — in weißen Duft will ich dich hüllen, so leicht wie ein Nichts, so zart, daß auch eine Wolke davor das Leuchten einer Rose nicht verbergen könnte."

Er sah es nicht mehr, wie sie die weißen Zähnchen aufeinanderbiß und wie ihre Lippen zitterten.

„Nun, Franzi?" fuhr er fort, „was meinst du, bist du es zufrieden?"

Sie zog schweigend seine Hand an ihre Lippen; dann sagte sie mit jenem scharfen Klang der Stimme: „Ich meine, daß du wieder einmal verschwenden willst, und du dich täuschest über mich arme Dirn, die ich bin."

„Und ich meine, daß du jetzt die Törin bist."

Der Abend kam. Richard hatte wie gewöhnlich das äußere Hofeltor und die Hausthür abgeschlossen; nur der letzteren auf dem Hausflur lag der Hund, der große Schlüssel zu dem ersteren hing an dem Türpfosten in seinem Schlafgemache. Dann legte er sanft den Arm um Franzis Leib, welche müßig am Fenster des Wohnzimmers stand und nach dem dunklen Wald hinüberschaute, und führte sie durch die Bibliothek bis an die Schwelle ihrer Kammer. Sie war ihm wie eine unberührte Braut, er überschritt die Schwelle nicht. „Schlaf süß, meine Franzi!" sagte er. „Mir ist auf einmal, als stünde das Glück noch in ungewisser Ferne."

Sie hatte schon die Tür geöffnet, da riß er sie noch einmal an sich. „Gute Nacht, gute Nacht, Franzi!"

Dann war sie fort; nur ihre kleinen, leichten Schritte hört er noch hinter der geschlossenen Tür.

Langsam ging er durch das Wohnzimmer. Im Vorübergehen hob er die brennende Kerze, welche er dort vom Tisch genommen hatte, gegen das alte Türbild und warf einen flüchtigen Blick darauf; dann trat er in sein Schlafgemach.

Und bald, nach den Erntübungen dieser letzten Tage, lag er in festen Schlaf gesunken. Weder das Rauschen der Wälder draußen in der dunklen Herbstnacht, noch der Zeitruf des kleinen Kunstvogels aus der nebenan liegenden Stube drang in die Tiefe seines Schlummers. Schon war die höchste Stufe der Nacht erklommen; zwölfmal hatte es drüben von der Uhr gerufen; er schlief traumlos weiter, und weiter rückte die Nacht. Eins rief es von der Uhr; — dann zwei; — dann drei! Da kamen die Träume; und was am Tage nur wie beängstigender Nebel vor seinem Blick geschwommen, jetzt wurde es zu farbigen Gestalten, von grellem oder fahlem Licht beleuchtet, das keiner Zeit des Tages angehörte. — Wie bleich ihm Franzi in den Armen hing! Und seltsam, immer wollten ihre Augen ihn nicht ansehen! Aber dort hinter den Bäumen stand der Jäger. — — Stöhnend warf er sich unher auf seinem Lager; aus seinem Munde brachen heftige, zusammenhanglose Laute. Plötzlich fuhr er empor und saß aufgerichtet in den Kissen, der Nachhall irgendeines Schalles lag in seinen Ohren; und jetzt schon wußte er es, vom Hofe drunten mußte es gekommen sein. Im selben Augenblicke stand er auch am Fenster, kaum die erste graue Dämmerung war angebrochen; aber dennoch sah er es, wie eben das schwere Hoftor zuschlug. Wie noch im Traume hatte er eine seiner beiden Pistolen von der Wand gerissen; eine Fensterscheibe klirrte, und klatschend fuhr die Kugel drunten in das Bohlentor.

Dann blieb alles still. Er riß die andere Pistole von der Wand, und ohne Kleidung, im nackten Hemde stürzte er aus dem Zimmer; im Hinausgehen griff er nach dem Haken an der Tür, aber der Schlüssel fehlte.

„Leo, Leo!" rief er auf der Treppe draußen. „Mein Hund, wo bist du?" — Nichts regte sich. Noch einmal rief er und stieg dann in den noch dunklen Hausflur hinab.

Da wurden seine Füße durch etwas aufgehalten, was nicht weichen wollte; als er sich bückte fuhr seine Hand über langes, seidenweiches Haar. — Er stieß einen lauten Schrei aus. Noch einmal bückte er sich; dann rannte er — er wußte selbst nicht weshalb — in die Kammer seiner alten Dienerin; aber die taube alte Frau lag ruhig atmend in ihrem Bette; er nahm das auf dem Tische stehende Licht, zündete es an und trat wieder auf den Flur hinaus. Da lag sein Hund, die Beine steif gestreckt, die braunen Augensterne groß und offen. Er warf sich nieder und leuchtete mit der Kerze dicht hinan; ein bläulicher Flor schien den Glanz der Augen zu bedecken; kalt und wie in stummer Klage starrten sie ihn an. — — Auf einmal war ihm, als würden die Mauern durchsichtig, als sähe er zwei jugendliche Gestalten über die Heide fliehen, im brennenden Morgenschein verschwinden.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0002

1 221 000 Mitglieder.

Die einzige und wirkliche Volkspartei in Deutschland ist die Sozialdemokratische Partei. Nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zählte sie am 31. März dieses Jahres 1 221 000 Mitglieder. Ihre Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr um 40 851 oder 3,4 Proz. gestiegen. Wenn die Zunahme keine größere war, so liegt das neben den ungünstigen Verhältnissen in den besetzten Gebieten, in denen die Tätigkeit unserer Genossen durch den Druck der Besatzungsbehörden empfindlich gestört wird, an der Unvernunft eben jener Linksler, die uns Verrat vorwerfen und selbst am meisten dazu beitragen, die Arbeiterschaft zu zerschlagen und zur Ohnmacht zu verurteilen. Ein Musterbeispiel hierfür ist Ostpreußen, wo wir einen Rückgang unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen haben. Während dort die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 von 348 323 Stimmen nur 51 480, also 14,8 Proz., an sich ziehen konnte, wurden bei der Wahl zur Nationalversammlung von 912 201 abgegebenen Stimmen 419 201 für die Sozialdemokratie und 45 872 für die Unabhängigen abgegeben. Damit hatte die Provinz eine sozialistische Mehrheit. Dank der unvernünftigen Wühlarbeit der Unabhängigen und Kommunisten ging diese proletarische Mehrheit von 51 Proz. bei den Februarwahlen dieses Jahres auf eine Minderheit von 36,8 Proz. zurück.

Eine Mitgliederzunahme weist außer Breslau, Schleswig-Holstein, Pommern und Brandenburg, auch Mitteldeutschland, Sachsen und Westfalen auf.

Groß ist die Zahl der Parteigenossen in den Gemeindevertretungen und Magistraten. Die Sozialdemokratische Partei war am Schluß des Berichtsjahres in 947 Städten (im Vorjahre 1041) mit 7261 (7582) männlichen und 460 (386) weiblichen Stadtverordneten vertreten. In 6525 (5682) Landgemeinden zählte sie 31 716 (28 570) männliche und 416 (413) weibliche Gemeindevertreter. In 559 (525) städtischen Magistraten saßen 1309 Stadträte und Bürgermeister. In 2506 Gemeindevorständen in Landgemeinden (wie im Vorjahre) saßen 3451 (4045) männliche und 5 (24) weibliche Sozialdemokraten. In 433 (304) Kreistagen hatte sie mit 2855 (2361) männlichen und 8 (1) weiblichen Vertretern Fuß gefaßt. In den Provinziallandtagen zählte sie 475 männliche und 6 weibliche Abgeordnete. Die Presse belief sich auf 144 Tageszeitungen, von denen 133 am 31. März 1921 insgesamt 1 238 608 zahlende Abonnenten aufwiesen.

Als sehr wertvoll erwies sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, deren Organisation jetzt in fast allen Bezirken vollendet ist und deren Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen über 2500 öffentliche Versammlungen abgehalten haben. Sie konnte auf dem Dresdener Kulturtag (24. und 25. März), an dem über 400 parteigenössische Lehrer teilnahmen, ein sozialdemokratisches Schulprogramm vorlegen. Die Beamtenbewegung fand in der „Zentralstelle für Beamtenagitation", die ihr Augenmerk nicht auf Schaffung sozialistischer Sonderorganisationen für Beamte richtet, sondern die Beamten der Partei organisatorisch zuführen will, wieder eine willkommene Stütze für ihre Ziele und Forderungen, wie sich überhaupt innerhalb der Beamtenschaft immer mehr die Erkenntnis von dem Wert der Sozialdemokratie als Vorkämpferin für das arbeitende Volk durchsetzt. Der Zentralbildungsausschuß arbeitete trotz der Ungunst der Zeit an der Ausgestaltung der Volkshochschulbewegung und seinen anderen kulturellen Aufgaben weiter. Er erlitt durch den Tod des Genossen Franz Diederich, der auch der Redakteur des „Vorwärts" unvergessen bleibt einen herben Verlust. In dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt hat sich die Sozialdemokratische Partei ein wichtiges Werkzeug geschaffen, um die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Ausführung zu fördern. Bis heute sind etwa 300 Orts- und 128 Bezirksausschüsse gemeldet. Es ist ganz besonders gelungen, die Ausbildung von weiblichen sozialen Hilfskräften zu unterstützen.

Die „Freiheit" schreibt zu dem Bericht: „Wir erkennen an diesen Zahlen, daß die rechtssozialistische Partei im vergangenen Jahre nur unwesentlich zugenommen hat. Wir müssen uns aber daran erinnern, daß in das vorige Jahr die von Moskau aus befohlene Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie gefallen ist. Die S. P. D. hatte von diesem Ereignis eine gewaltige Stärkung ihrer eigenen Position erhofft, und unzählige Male ist in ihrer Presse von dem massenweisen Uebertritt ehemals unabhängiger Arbeiter berichtet worden. Der Geschäftsbericht zeigt, daß das nicht zutrifft; trotz dieser für sie so günstigen parteitaktischen Situation hat die S. P. D. ihren Mitgliederbestand nicht erheblich vermehren können."

Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie durch die Spaltung im vorigen Jahre eine schwere Schädigung ihrer Organisation erlitten hat, und wenn wir seitdem auch einen Teil der damals abgesplitterten Kräfte wieder um uns sammeln konnten, so lag es doch nicht im Bereich der Möglichkeit, die Mitgliederzahl wieder zu erreichen, die unsere Partei, vor der Spaltung hatte.

Es steht also als Tatsache fest, daß Hunderttausende von Arbeitern, die bis zur Spaltung der U. S. P. angehört haben, jetzt von keiner der drei Parteien organisatorisch erfaßt werden. Sie sind weder zur K. P. D. gestoßen, noch hat sie die S. P. D. für sich gewinnen können, noch fanden sie die Rückkehr zu uns: Diese Massen, das stellt sich jetzt mit aller Deutlichkeit heraus, sind indifferent geworden, haben das große Heer der Teilnahmslosen, der politisch Lauen, vermehrt. Wenn manche von ihnen jetzt über das Anwachsen der Reaktion erschreckt sind, so mögen sie die Schuld daran bei sich selbst suchen. Ihre Gleichgültigkeit hat erst den Boden bereiten helfen, auf dem das Unkraut der Reaktion üppig gedeihen konnte.

Aus der Stellungnahme der „Freiheit" fühlt man nicht viel Selbsterkenntnis heraus. Wenn große Scharen Arbeiter indifferent geworden sind, so ist das wesentlich der Agitation und der Politik der Unabhängigen zu verdanken. Wenn von den so verkehrt geführten Massen noch nicht alle mit fliegenden Fahnen, sondern zunächst erst 40 000 zur S. P. D. zurückgekehrt sind, so scheint uns das durchaus nicht als schlechtes Zeichen. Die meisten werden erst längere Zeit brauchen, um die Folgen der politischen Dr. Eisenbartkuren der U. S. P. D. an ihrem Geist und Körper zu überwinden. Wenn das in zäher geduldiger Arbeit gelungen ist, dann werden sie nicht nur wieder Mitglied der großen Sozialdemokratischen Partei werden, sondern darin auch wieder fleißig mit arbeiten.

Auf dem Gimpelfang.

Die Schwarzweißroten geben sich große Mühe, auch die Arbeiterschaft vor ihren Karren zu spannen. Diese Bestrebungen sind besonders in der letzten Zeit sehr stark in die Erscheinung getreten. In der deutschnationalen Presse und auch in der des Herrn Stinnes erscheinen seit einigen Wochen auffallenderweise sehr oft Notizen und Artikel, die sich mit der Organisierung aller „nationaldenkender" Arbeiter beschäftigen und in denen behauptet wird, daß die deutschnationale Arbeiterbewegung sogar in Berlin einen starken Zuwachs zu verzeichnen habe. Wir haben alle Veranlassung, diese Angaben sehr zu bezweifeln, denn wir können es uns beim besten Willen nicht vorstellen, daß ein mit gesundem Verstand ausgerüsteter Arbeiter ausgerechnet zu den Deutschnationalen läuft, um bei ihnen Erlösung aus dem Elend der Zeit zu finden. Aber dennoch verdient diese Bewegung Aufmerksamkeit. Vor allen deswegen, weil in einer Weise die Arbeiterschaft umworben wird, die Wankelmütige schließlich doch in das Lager ziehen könnte, in dem die schlimmsten Feinde der Arbeiter sitzen. So hat z. B. auf dem alldeutschen Verbandstag in Goslar Justizrat Claß eine Rede gehalten, in der er nach dem Bericht des Schwerindustriellen „Tag" ausführte: „Das Wesentliche sollte uns sein, uns alle, und mit uns den deutschen Arbeiter zu der edlen deutschen Freiheit zurückzuführen, die im Laufe der Geschichte verloren gegangen ist, dem Arbeiter den Adel seines Volkstums zum Bewußtsein zu bringen, seine Würde als deutscher Mensch anzuerkennen und ihm zu zeigen, daß wir sie anerkennen."

Das ist in der Tat der Gipfel der Heuchelei! Dieselben Leute, die bis zum 9. November dem preußischen Arbeiter das allgemeine Wahlrecht vorenthielten, reden von „der edlen deutschen Freiheit", dieselben Leute, die von der Ausbeutung der besitzlosen Klassen leben, wollen dem Arbeiter den „Adel seines Volkstums zum Bewußtsein" bringen, dieselben Leute, die jubelten, als Wilhelm II. sein großes Wort vor der Rotte von Menschen sprach, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen versichern dem Arbeiter, daß sie „seine Würde als deutscher Mensch anzuerkennen" bereit sind.

Wir glauben, daß diese Gegenüberstellung von Worten und Taten genügt, um jedem deutschen Arbeiter zu zeigen, daß es eitel Lug und Trug ist, was die Alldeutschen ihm versprechen. Diese Gesellschaft kann ihrer ganzen Vergangenheit, ihrer ganzen wirtschaftlichen und politischen Stellung nach niemals Vertreterin von Arbeiterinteressen sein. Genau das Gegenteil ist sie. Der Todfeind der nach Freiheit, nach einer gesicherten Existenz und nach einem menschenwürdigen, Dasein ringenden Arbeiterschaft, die entschlossen ist in völliger politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes, das gerade die Alldeutschen mit ihren wahnwitzigen Kriegszielen vernichtet haben. Wenn die deutschen Arbeiter aber von Freiheit sprechen, dann denken sie nicht an jene Freiheit, die Herr Claß und seine Gesinnungsgenossen meinen und die darin bestand, daß der deutsche Arbeiter seine Knochen zum Markte tragen, im übrigen aber nach der Pfeife der Regierenden zu tanzen hatte. Alle Lockungen und alle Versprechungen werden nichts an der Tatsache ändern, daß die deutschnationale Arbeiterbewegung ein ganz kleines, ganz winziges Teilchen der deutschen Arbeiterbewegung bleiben wird, daß sie niemals auch nur die geringste Bedeutung erlangen kann und eines schönen Tages völlig aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verschwinden wird.

Aufgehobener Belagerungszustand.

Beuthen, 7. Sept. Der Belagerungszustand ist heute mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Notizen.

Pierpont Morgan nicht in Berlin? „New York Herald" veröffentlicht einen Brief des Pariser Korrespondenten der Bank Morgan, in welchem in Abrede gestellt wird, daß Pierpont Morgan sich augenblicklich in Berlin aufhalte, und in dem erklärt wird, der amerikanische Finanzmann sei seit dem Krieg nicht in Berlin gewesen und habe auch keinerlei Absicht, sich dorthin zu begeben. Morgan befinde sich augenblicklich in Schottland.

Wieder verboten. In Königsberg i. Pr. ist die „Ostpreußische Zeitung" erneut verboten worden.

Der anonyme Mörder. Einem Berliner Blatte ging ein Brief zu, dessen anonymer Schreiber ins Ausland zu reisen vorgibt. Er sei kein Monarchist, aber ein alter Soldat, der, was er mit seinem Blute bezahlt habe, nicht von Kapitalschiebern und Kriegsdrückebergern zerstören lasse. Aus der Aehnlichkeit der Schrift schließt man auf den Mörder Erzbergers als Absender.

Schlimme Erfahrungen. Wie die „Freiheit" meldet, fanden gestern abend 28 öffentliche vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD. einberufene Volksversammlungen statt, in denen das Thema „Die Teuerung und die neuen Reichssteuern" behandelt wurde. In den meisten Lokalen waren auch Kommunisten erschienen, die in der Diskussion ihre Redner vorschickten. Ueberall wurden diese einstimmig abgelehnt, da, wie die Freiheit sagt, die Arbeiterschaft mit der Führung des politischen Kampfes durch die Kommunisten so schlimme Erfahrungen gesammelt habe, daß diesem politischen Agenteuertum „keine Gefolgschaft mehr geleistet werde.

Angora von den Griechen besetzt? Nach einer in Smyrna eingegangenen Meldung ist Angora gefallen nach einem scharfen Kampf, der mit der Vertreibung der Türken durch die Griechen endete. Nach einer weiteren Meldung erlitten in den zehntägigen Kämpfen um Angora beide Seiten schwere Verluste. Die an Zahl unterlegenen türkischen Kräfte leisteten Widerstand bis zum äußersten, und es kam zu zahlreichen Bajonettkämpfen. Die Lage der kemalistischen Armee ist nicht zu übersehen.

Arbeitslosenunruhe in England. Die Blätter melden aus Dundee Ausschreitungen von Arbeitslosen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreichen Frauen, wobei von seiten der Menge mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knüppeln vor, zahlreiche Personen wurden verletzt.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiterstreik in Magdeburg.

Die Metallarbeiter sind gestern in den Streik getreten, nach dem die am vorhergehenden Tage vorgenommene Abstimmung die fast einmütige Ablehnung des Schiedsspruches ergab. Das Gesamtergebnis der Abstimmung liegt allerdings noch nicht vor, doch ersieht man die Stimmung der Arbeiterschaft schon aus den Teilzahlen. Von den beteiligten Metallarbeitern stimmten 16 711 gegen und 2075 für den Schiedsspruch, Textilarbeiter 152 gegen und 2 für, Bekleidungsarbeiter 180 gegen und 30 für, Glaser 21 gegen, 21 für, Hüttenwerk Thale 2120 gegen, 770 für, christliche Gewerkschaften in Thale 39 gegen und 72 für den Schiedsspruch. Von den christlichen Gewerkschaften in Magdeburg stimmten 64 gegen und 23 für, von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 499 gegen und 11 für den Schiedsspruch.

Wetterbericht

9. September: Vielfach heiter, trocken, Nacht kühl, Tag wärmer.

10. September: Ziemlich heiter, trocken, Nacht kühl, Tag ziemlich warm.

Für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Paul Täumel.

Kleines Feuilleton.

Der letzte Garibaldianer gestorben.

Am 2. September verschied in Castrogiovanni der bekannte Politiker Napoleone Colajanni. Er war am 27. April 1847 in Sizilien geboren und schloß sich im Jahre 1866 an Garibaldi an. Er kämpfte in dessen Trupp bei Mentanna und Aspromonte. Später studierte er Medizin, ging zur Volkswirtschaft über und wurde im Jahre 1892 Professor an der Universität Palermo. Schon früher betätigte er sich als Gemeinderat und Provinzialdelegierter. Im Jahre 1900 wurde er gar Mitglied der Kammer, wo er sich als Republikaner und Sozialist bekannte. Er war ein tätiger Journalist und hat außerdem noch mehrere gelehrte Werke geschrieben. Im Parlament war er ein forscher Draufgänger und machte seinen reaktionären Gegnern manchmal das Leben recht sauer. Allerdings machte seine ausgeprägte Ironie auch vor seinen eigenen Parteifreunden nicht halt. Trotzdem stand er in allgemeiner Achtung, was jetzt die zahlreichen Nachrufe beweisen.

„Kleingeldhamster! Ihr seid Affen!"

Das Notgeld der harten Kriegsjahre ist zu einem Notgeldunwesen ausgeartet, zu einem groben Unfug, dem mit allen Mitteln alsbald ein gründliches Ende gemacht werden sollte. Nicht mehr ein wichtige wirtschaftliche Funktion verrichtet es, es dient heute viel mehr der Befriedigung eines törichten Sammlertriebs, der sich in seinen Auswüchsen wie in dem Objekt seiner Betätigung nicht wesentlich von den Zeiten unterscheidet, da große und kleine Kinder mit Eifer Reklamemarken sammelten. Die Herausgeber dieser Notgeldscheine aber machen ein gutes Geschäft. Zahlreiche Gemeinden betreiben die Herstellung fast fabrikmäßig, indem sie immer neue Designs, vielfach gleich ganze Serien herausbringen. In einer in einem Berl. Blatte veröffentlichten Zuschrift berichtet der Einsender, daß ihm beispielsweise allein von Thale 14 verschiedene Scheine vorliegen, von Halberstadt „nur" 10, während Ballenstädt „mit einem wunderbaren Silberbogen von 80 Scheinen den Vogel abschießt." Unzählige Serien der verschiedensten Städte werden besonders angepriesen und vorher schon zu Aufpreisen verkauft. Alle möglichen Denkwürdigkeiten, Dichterfürsten und sonstige Berühmtheiten werden auf den „Scheinen in der Not" verherrlicht. In seiner Heimatstadt Gardelegen ist der Humorist Otto Reutter auf den Scheinen verewigt. Es gibt Notgeldscheine kaufmännischer Vereine, von Kleinbahnen, eines Theaterdirektors, eines Gutes und verschiedener anderer Unternehmen. Eine Firma A. Conrad in Staßfurt verausgabt einen Gutschein mit dem Wunsche

Hamstert hiervon, soviel Ihr wollt,
Mir bracht' es einen Haufen Geld.
Das würd' ich dann zur Reichsbank schaffen;
Kleingeldhamster! Ihr seid Affen!

Es wäre unhöflich, Herrn Conrad ausdrücklich zuzustimmen.

(Frkf. Ztg.)

Einer, der von der Courths-Mahler nicht genug kriegen kann. Im „B. T." erzählt Alfred Richard Meyer von einem Besuch in dem Kloster Neustift bei Brixen, der ein Jahr vor dem Kriege stattfand: „Ein neunsiebziger Mönch habe im „Regensburger Hausschatz" den neuesten Courths-Mahler-Roman gelesen. „Wir unterhalten uns", so heißt es da, „über den Roman. Weil ich ihn kenne. Weil ich, als Leiter eines sogenannten literarischen Bureaus, bei dem ich damals im Solde stand, ihn sehr grausam zusammengestrichen habe, sintemalen die beliebte Autorin, wenn sie so recht ins Fabulieren gekommen ist, lieber 4000 Zeilen zu viel denn zu wenig schreibt. Ich gestehe dem alten mönchischen Leser, daß ich eigentlich mitschuldig bin an dem Genuß, in dem jener augenblicklich schwebt; denn wenn ich vor Wochen nicht zu dem Manuskript — ach, es war so sauber in viele kleine Schulhefte geschrieben, daß schon ein starkes Barbarentum dazu gehört, darin mit dem Rotstift herumzuhuhwerken! — Ja und Amen gesagt hätte und nicht ein so beherzigter Schneider gewesen wäre . . . Das kann der alte Herr nun gar nicht so schnell verstehen. Sehr betrembet sieht er mich an. Und dann spricht er: „Wenn Sie wüßten, welche Freude mir diese Geschichte bereitet, wie ich von Woche zu Woche sehnsüchtiger die Fortsetzung erwarte, wie ich den lieben Gott bitte, mich wenigstens noch so lange leben zu lassen, bis ich über das Schicksal dieser edlen Menschen hier —" Ich überlege eine Sekunde, ob ich nicht schnell den Schluß der Geschichte erzählen soll, weil ich ihn doch kenne, ob ich verraten darf, daß sich diese Edelinge letzten Endes kriegen, welches Glück der alte Herr am eigenen Leibe leider nie erlebt hat. Aber da sage ich mir schon, daß man jeden Menschen seine Sehnsucht, seine Hoffnung, seine Zweifel, seine holde Ungewißheit dem nächsten Tag gegenüber lieber lassen soll, weil es der gute Himmel doch auch mit uns allen so macht. Und so wird mein Wort nur dieses: „Sie sind ja schon bei der 27. Fortsetzung. Bis zur 40. und letzten haben Sie es ja gar nicht mehr gar so lange. Die Enträtselung dieses bannenden Geheimnisses werden Sie schon noch erleben, und noch weit mehr — das lese ich in Ihren Augen."

Man sieht, es gibt noch literarische „Feinschmecker", die die edle Hedwig gar sehr zu schätzen wissen, sogar in einem — Kloster!

Zur „Räuber"-Aufführung im Stadttheater erhalten wir von der Intendanz nachstehende Zeilen: Die Räuber-Aufführung im Stadttheater weckt die Erinnerung an die in diese Spielzeit fallende 140jährige Wiederkehr des Uraufführungstages der „Räuber". Dieses Epoche machende Bühnenereignis war in mehr als einem Sinne ein bühnengeschichtliches Kuriosum. Das Mannheimer Nationaltheater wagte es nicht, das Werk im Sinne des Dichters als zeitgenössisches Anklagedrama auf die Bretter zu bringen. Der Dichter mußte sich zähneknirschend zu einer historisch verschleiernden Umarbeitung bequemen. So erblickten Schillers „Räuber" das erste Rampenlicht im Kostüm des 15. Jahrhunderts, zurückdatiert in die Zeit des ewigen Landfriedens, ins Jahr 1495! Das wenig später in Leipzig unternommene Wagnis, „Die Räuber" in „jetzt üblicher Kleidung" zu geben, wurde nach der zweiten Aufführung von den Stadtvätern verboten aus Furcht, die Leipziger Studenten könnten das Muster der Schillerschen Uebertäter nachahmen oder doch durch pöbelhaftes, räuberhaftes Auftreten den Ruf der galanten Stadt gefährden. In Wien konnte das Werk gar erst nach dem Tode des Dichters, erst 1808, und auch dann nur auf einem Privattheater gebracht werden; das Wiener Burgtheater hat sich ihm noch bis 1850 verschlossen! Dem überschwänglichen Freiheitsdurst des Schillerschen Erstlingsdrama jubelte einst die geistige Jugend seiner Zeit zu. Wir halten uns in ruhigen Zeiten gewöhnt, den Ueberschwang ein wenig wohlwollend zu belächeln. Heute stimmt die innere und äußere Erschütterung der eigenen Gegenwart den Zuschauer vor Schillers „Räubern" wieder nachdenklicher; wir erleben wieder „über 140 Jahre hinweg" etwas von dem Kampf um Ausgleich von Freiheit und Gesetz, den der junge Schiller mit seinem Räuberdrama in sich selbst durchrang.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0003

Leipziger Strasse 88

Fernruf 1224 — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 9. Septbr.:

Das grossangelegte Sensations-Schauspiel aus dem Artistenleben

Die Nacht ohne Morgen.

6 Akte nach dem gleichnamigen Roman von Paul Rosenhain mit

Hans Mierendorff. Grit Hegesa.

Vorführung: 4.30 6.40 9.00.

Dazu ein Lustspiel mit Leo Peukert.

—— Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr. ——

Was die Presse schreibt:

Berliner Fremden-Zeitung: Den Löwenanteil an dem Erfolg dieses Films gebührt dem Regisseur Karl Grune. Er hat Bilder von so packender Wucht und so eindringlichem Spiel gestellt, daß oft mitten im Film der Beifall spontan losbrach. Der Kampf vor dem heranbrausenden Eisenbahnzug, die Zirkussensationen, die heranrasende Feuerwehr, der Brand des Zirkus und die Gefängnisszenen des letzten Aktes sind geradezu prachtvoll

Der Roland von Berlin: Aus der tausendköpfigen Fülle des Artistenlebens ist eine großstilisierte Begebenheit geschöpft, der wir mit Freude, mit Staunen und dann mit atemloser Spannung folgen. Der Held und der Todesspringer Max Clifford beginnt als ein Verzweifelter. Ein Artist reißt ihn eine Sekunde vor dem zermalmenden Verhängnis förmlich unter den Rädern des D-Zuges von den Schienen auf. In einem beispiellosen Bilderreichtum rollt sich der Zirkus auf, das Todesrad schwinet sich und Clifford fliegt zum Trapez empor. Dann setzt der Zirkusbrand als eine Momentaiperipetie ein. Man sieht den Brand entstehen, man sieht ihn aufzucken, man sieht die brennende Hölle und die wilde Flucht der Tausende Es ist haarsträubend großartig. Hoch oben in der qualmenden Lohe hat man die kleine Seiltänzerin vergessen. Clifford holt sie heraus, ein doppelter Schenkelbruch wirft ihn unter die Erledigten Daß nach dem phänomenalen zweiten Akt die Spannung anhält, eine Steigerung mit immer kühneren Todessprüngen einsetzt, das wird dem Film Weltruf verschaffen.

Lokal-Anzeiger: Fahrendes Volk bot immer dankbare Filmmotive. Jetzt, im Zeitalter der Sensation, ist der Zirkus natürlich das Gegebene. Paul Rosenhayn schrieb für die Gloria ein Stück, das eine geschickte Mischung von Kriminalistik und Akrobatik bringt und das von Karl Gruno in ausgezeichneter Weise inszeniert wurde. Der neue Film im Tauentzinpalast schildert das Leben eines großen Artisten, der, durch Zufall ei mal vom Tode errettet, immer wieder das Leben wagt. Höhepunkte, einmal dr matischer, dann wieder technischer Art. Wenn die Handlung einmal abflacht, lesseln Beleuchtungseffekte, zum Beispiel der auf- und abflammende Name Mac Clifford, der Schatten der Gitterfenster in der Gefängnisszene, der sich auf den Gesichtern und Kleidern der Darsteller wiederspiegelt. Alles in allem ein grosser Regieerfolg.

Da wie in Berlin so auch in Halle ein Sensationserfolg zu erwarten ist, bitten wir, möglichst die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738. — Fernruf 5738.

Ab morgen, Freitag, d. 9. Septbr.:

Gunnar Tolnaes

Gertrud Welcker

Vorführung: 5.00 7.10 9.20. — im neuen grossen Film in 5 Akten — Vorführung: 5.00 7.10 9.20.

Sturmflut des Lebens.

Erstaufführung des grossen amerikan. Filmwerks

Der schwarze Zeuge

(Aus dem Leben eines unschuldig Verurteilten).

Drama in 6 Akten.

— Vorführung: 4.00 6.10 8.20 —

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr. — Beginn: Sonntags 3, Wochentags 4 Uhr.

Gr. Ulrich-Str. 51.

Licht-Spiele

Tel. 4681.

Morgen Freitag

Uraufführung des ersten Films der neuen Saison 1921|22 mit dem beliebten Hauptdarsteller **Friedr. Zelnik** nach dem Roman von Hugos. **6 Akte 6**

Mitwirkende: Heinrich Peer — Albert Steinrück — Jul. Falkenstein

DER STRÄFLING VON CAYENNE

ZELNIK FILM

Uraufführung ein spannender Abenteuerfilm von selten wuchtiger Wirkung, der jeden fesselt erschüttert und in atemberaubender Spannung erhält. **6 Akte 6**

Mitwirkende:

Ferner:

Der erste Film der neuen **Karlchen**-Serie 1921|22.

Der schwarze Bräutigam.

2 tolle Akte mit K. V. Plagge.

Außerdem diverse Einlagen: U. a. die neuesten Tagesereignisse.

Aus der Sammelmappe des Universal (Screen-Magazin).

Die Beisetzung des Reichsministers a. D. Erzberger †

Beginn: 4.00 6.15 8.30. Sonntags 3 Uhr.

Stadt-Theater

Freitag, d. 9. Sept. 21. Anfang 7½, Ed. 11 Uhr

Die Räuber

v. Friedr. Schiller

Sonnabend: Der Barbier v. Sevilla.

Sonder-Angebot. 1 Posten

Damen-Wäsche

zu alten Preisen.

Wäsche- und Wollwaren-Lager Große Ulrichstraße 25. Ecke Jägergasse.

Neuheit!

Tittel-Bestecke

aus einer äusserst harten silberweissen Metalllegierung sind infolge ihrer grossen Haltbarkeit u. ausserordentlich. Billigkeit

Essbestecke der Zukunft

Postversand und Preisliste.

Juwelier Tittel

Besteckhaus.

Otto Gith

Merseburg,

Postst. neb. Amtsgericht

Rauchen

decken ihren Bedarf an

Cabakwaren

in allen Preislagen

Vorrätig bei

Die Verwöhnteste

Billigste Bezugsquelle von

Matratzen

Stellig mit Leinen und Drellbezügen, pr. Alpenatasfüllung engl. Bettfedern, pr. starkes Holz und Oelfarbenanstrich, Patentmatratzen,

Chaselongues

m. pr. Bezügen u. Verarb. Plüsch- u. Stoff-Sofas, Klub-Sofas u. Sessel.

E. Mass,

Charlottenstraße 9. Fernsprecher 3521.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

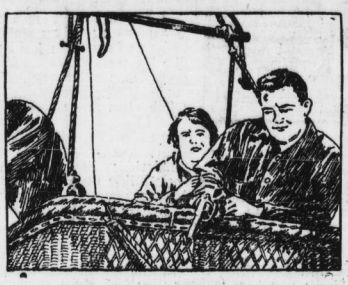
Ab Freitag, 9. September 1921:

Entlarvt!

6 Akte. **VI. Teil** von 6 Akte.

Goliath Armstrong

In der Hauptrolle: Elmo Lincoln.



Vorführung: 4.00, 6.45, 9.35 Uhr.

Neu! Persönliches Auftreten **Neu!**

vier namhafter Filmkünstler

in ihrem Original Bühnen-Sketch:

„Fünf Minuten vor Voll!"

Persönlich Mitwirkende: Albert Vetter, Mary Ritter Bernh. Rosen, Maxim Marco sämtlich aus Berlin.

Intimes aus einem Hochzeitsboudoir. Elegante Ausstattung. — Größter Heiterkeitserfolg. Ueberall mit Riesenerfolg gastiert!

Vorführung: 6.15 9.05 Uhr

Außerdem:

„Ein Weib der Wüste"

Ein Liebesdrama aus dem Orient in 5 Akten. In der Hauptrolle: Lucie Doraine der beliebte österreichische Kino-Star.

Vorführung: 5.10 8.00 Uhr.

Gasthof „Roter Hirsch"

Gehüfte bei Mücheln

jeden Sonnabend von 7 Uhr ab

Unterhaltungsmusik

wozu freundlichst einladet Albert Renner.

Reclams Universal-Bibliothek

Preis **1.50** pro Nr.

empfiehlt die

Buchhandlung der Volksstimme

Große Ulrichstraße 27.

Ich kaufe alle Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe

Wäsche aller Art usw., Militäreffekten, neu u. gebraucht, dauernd zu angemessenen Preisen.

Kein Laden. — Privat.

Paul Hammer, Rathausstraße 17, H. I.

---

1 Stehpult

neu oder gebraucht, zu kauf. gesucht.

Verlag Volksstimme.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Aktenmappen

in Ia. Rindleder

sehr preiswert bei

Hugo Krasemann,

Lederwaren-Spezial-Geschäft nur Schmeerstraße 19.

Otto Katzula's Tuchhdlg.

Krumpa bei Mücheln.

Anfertigung feiner Herren- und Damen-Garderobe Mod. Formen, gute Arbeit Garantiert guter Sitz.

Dampf-Waschanstalt Halloria

Marienstraße 2

2 Minuten v. Bahnhof entfernt.

Telephon 5692.

Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.

Famil.-Roll- u. Naßwäsche n. Gew. u. Stück

Jeder Leser der Volksstimme

erinnere bei Einkäufen sich und den Verkäufer bezw. Geschäftsinhaber an den Inseratenteil der Volksstimme und besuche nur solche Veranstaltungen, zu denen durch Anzeige in der Volksstimme eingeladen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiterwohlfahrtsausschuß. Donnerstag, den 8. 9. findet abends 8 Uhr bei Wilsdorfs eine wichtige Sitzung des Arbeitswohlfahrtsausschusses statt.

Der Arbeitswohlfahrtsausschuß.

Bezirksvorstand. Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, bei Wilsdorfs: Sitzung des Bezirksvorstandes.

Eine Distriktsführer- und Vorstandssitzung findet am Donnerstag abend 7 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus statt. Kein Distriktsführer darf fehlen. Bei Verhinderung muß ein Stellvertreter bestimmt werden.

Distrikt 9 u. 9a. Freitag, den 9. d. M., Distriktsversammlung im Restaurant Schultheiß, Merseburger Straße. Vortrag. Beginn 8 Uhr.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Betriebsräte-Vollversammlung.

Morgen, Freitag, den 9. September, abends 7½ Uhr findet im „Volkspark" (Restaurationssaal) eine Vollversammlung sämtlicher freigewerkschaftlichen Betriebsräte statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht über den Aufbau der Betriebsräte-Organisation; 2. Festsetzung der Statuten; 3. Bildungsfragen; 4. Stellungnahme zur Bezirksbetriebsrätekonferenz.

Zahlreiches Erscheinen der Betriebsräte wird erwartet. Als Legitimation ist Betriebsrätekarte oder Verbandsausweis nebst Ausweis als Betriebsrat mitzubringen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Halle a. S.
J. A.: Alfred Wielepp.

Betriebsräte der Holzindustrie. Ausweiskarten für Betriebsräte der Holzindustrie zur Vollversammlung am Freitag abend 7 Uhr im Volkspark sind am Dienstag und Freitag im Büro des Holzarbeiterverbands in der Zeit von 3—6 Uhr nachmittags abzuholen.

Freier Sängerchor. Freitag abend 8 Uhr Singestunde. Nach der Singestunde Versammlung. Kein Sangesbruder darf fehlen.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 8. September 1921.

Die Antwort des Gewerkschaftskartells auf den neuen „Offenen Brief".

Folgendes Antwortschreiben wird uns vom Gewerkschaftskartell zugestellt:

An die Bezirksleitung der K. P. D. Halle-Merseburg,
z. Hd. des Herrn Hans Urban, Halle a. S.

Werte Genossen! Zu Ihrem Schreiben vom 2. Septbr. nimmt der Kartellvorstand folgenden Standpunkt ein:

Die in den fünf genannten Punkten vorgeschlagenen Maßnahmen sind teils undurchführbar, teils nicht zweckentsprechend. Im einzelnen sei dazu noch bemerkt:

1. Die Zusammenfassung aller in Halle und darüber hinaus ausgebrochenen und sich noch entwickelnden Lohn- und Gehaltsbewegungen ist undurchführbar und widerspricht auch den Erfahrungen, die die Gewerkschaften bei Lohnkämpfen gesammelt haben. Die Verhältnisse in den einzelnen Berufen liegen zu verschieden, als daß die Unternehmer durch einen zu gleicher Zeit ausbrechenden Generalstreik gezwungen werden könnten, die geforderten Lohnzulagen überall und in der gleichen Höhe zu bewilligen. Hier muß es der Macht der einzelnen Gewerkschaften, dem Kampfeswillen ihrer Mitglieder und der Geschicklichkeit der verhandelnden Gewerkschaftsfunktionäre überlassen bleiben, die aufgestellten Lohnforderungen zur Annahme zu bringen. Wie uns bekannt, sind auch bereits allseitig Lohnbewegungen eingeleitet und teilweise beendet.

2. Die kampfesbereite Einheitsfront aller Lohnempfänger zu schaffen, haben sich die freien Gewerkschaften, an ihrer Spitze der A. D. G. B. und die Afa, stets bemüht. Leider haben diese Bemühungen ohne deren Schuld noch zu keinem Erfolge geführt.

3. Eine Demonstration halten wir in diesem Augenblick nicht für zweckmäßig, da die dadurch aufzurollende Aktion, nämlich Lohnbewegungen einzureichen, bereits voll im Gange resp. teilweise vorläufig beendet ist. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß wir bei geeigneter Gelegenheit die Arbeiterschaft zu öffentlichen Kundgebungen wieder aufrufen.

4. Sobald wir die Einberufung von Bezirkskonferenzen für nötig erachten oder das von unseren Mandatgebern beantragt wird, werden wir das Weitere veranlassen. Anträge im Sinne des Punkt 1 werden wir jedoch dort nicht stellen.

5. Dazu liegt für uns keine Veranlassung vor.

Wir erteilen Ihnen diese gewünschte Antwort mit dem Bemerken, daß wir infolge der von Ihnen anberaumten kurzen Frist das Gesamtkartell nicht einberufen und befragen konnten. Wir werden dies jedoch in der demnächst stattfindenden Kartellsitzung tun.

Zu der von Ihnen anberaumten gemeinsamen Sitzung am Donnerstag werden wir nicht erscheinen, da wir der Ansicht sind, daß Lohnbewegungen nicht mit Mieter- und Kriegsbeschädigtenfragen verquickt werden können.

Mit Gruß
Gewerkschaftskartell Halle a. S.
(gez.) Hesse.

*

Wir meinen, daß diese Antwort und Absage an das kommunistische Agitationsbedürfnis ebenso klar wie zutreffend ist und wollen nur hoffen, daß die Arbeiterschaft allerorts die darin niedergelegten Gründe der Ablehnung recht eingehend würdigt.

Neue Blüten vom Stinnes-Getrüuch.

„Herr, vergib ihr, denn sie weiß nicht, was sie tut."

In ihrer gestrigen Abendausgabe „beweist" die „Allgemeine Zeitung", daß durch die von Deutschland eingegangene Verpflichtung, jährlich 3,3 Gold-Milliarden zu zahlen, 13,2 Millionen Deutsche „fortgesteuert" würden. Das Organ des stinnesierten Großkapitals macht sich die Beweisführung drückend leicht. Es streicht von den 3,3 Milliarden drei Nullen, multipliziert die dann verbleibenden 3,3 Millionen mit 4 und hat damit aus dem Handgelenk heraus die Zahl von 13,2 Millionen Köpfen gefunden, „die fortgesteuert und an die Entente abgeführt werden". Die Rechnung ist so einfältig, als daß sie ernst zu nehmen wäre. Aber da die „Allg. Ztg." zweifellos nur durch ihre elterprobte Sorge um das Wohlergehen der Arbeiter zu ihrem Aufschrei veranlaßt worden ist, und da sie vor dem Gedanken erschrickt, durch die Zahlungen würden Millionen Proletarier dem Hungertode überliefert werden, mag sie sich zur Beruhigung und zur sittlichen Befriedigung gesagt sein lassen, daß diese Milliarden genommen werden sollen von denen, die sie bereits besitzen. Die Arbeiter haben schon übergenug an der Aufbringung der laufenden Ausgaben mit zu tragen. — Vielleicht erwägt das Stinnes-Blatt auch einmal, wer die Schuld trägt an dem Elend Deutschlands, von dem die erzwungenen Milliarden-Zahlungen nur einen Teil bilden. Dazu hat die „Allg. Ztg." Gelegenheit, denn sie entrüstet sich, gleichfalls gestern abend, über die holländische Regierung, weil diese dem ausgekniffenen Wilhelm angekündigt haben soll, von nun würden seine telegraphischen und telefonischen Botschaften zensiert werden. Das sei, so meint der Stinnes-Kiker, eine Roheit ohnegleichen, Wilhelm wird ein „gleich Hiob getroffener alter Monarch" genannt, ein „vertriebener deutscher Mann". Hiob ist gut; vertriebener Mann ist aber entschieden noch besser. Und doch wird das letztere schon stimmen. Nur hat ihn nicht das deutsche Volk vertrieben, sondern sein Schuldbewußtsein. Wilhelm, der feige Kneifer, wußte, daß er das deutsche Volk verraten, die Zukunft Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus verbrecherisch zerstört hat, deshalb ist er geflüchtet. Er getraute sich nicht dem deutschen Volke wieder unter die Augen zu treten. Nicht Hiob, wohl aber Herostrates, denn Deutschland war, nicht durch ihn, sondern durch des Volkes Kraft bis zum Kriegsausbruch auf eine beneidete Höhe gelangt. War der Krieg nicht zu vermeiden, was mindestens sehr fraglich ist, so konnte er doch zweifellos früher beendet werden. Daß „Wilhelm", der Feige, das nicht getan hat, hat ihn zum Schuldigen gestempelt, ihn und alle die Kapitalisten, Nationalisten und Chauvinisten, deren Stimme ihm mehr galt als der Schrei des Volkes nach Brot und Frieden. Und auf welcher Seite damals die Aushälter der „Allg. Ztg." gestanden haben, wird ihr bekannt sein.

Köstlich ist die Tatsache, daß die „Allg. Ztg." in Nr. 287 ihren Lesern erzählt, wie der große Wilhlem „nach Holland kam" und wie er gar nicht schnell genug über die Grenze kommen konnte (derselbe Artikel, den auch die „Volksstimme" am Dienstag veröffentlichte) und in Nr. 288 über den „armen, heimatlosen, vertriebenen Mann", — dem jetzt auch noch die Botschaften, womit er die Welt beglückt, von der holländischen Regierung zensiert werden sollen — wehklagt, daß es die Steine erweichen könnte. — Die deutschnational-volksparteilich halbierte Redaktionsleitung bringt merkwürdige Geistestinder auf die Welt und sorgt unfreiwillig für Humor.

Kapitalistische Pressemoral.

Wir nannten kürzlich die „Allgemeine Zeitung" beim richtigen Titel, in dem wir sie als „gemeines Verleumderblatt" bezeichneten. Das gefällt dem Blatte nicht. In seiner Wut überschlägt es sich, vergißt seine ganzen bisherigen Geistesprodukte und tutet Moral. Es schreibt, daß die Bezeichnung, welche wir für diese Stinnespflanze prägten, „unter honetten Leuten nicht üblich ist". Unter honetten Leuten scheint eben nur üblich zu sein, sozialistische Blätter als Mörderkulturen zu bezeichnen. Es geht doch nichts über die Moral dieser kapitalistischen Preßmeute!

Wie recht wir aber mit unserer treffenden Bezeichnung haben, ergibt die Antwort der „Allg. Ztg." auf unsere Anfrage, worauf sich denn die unflätige Beschimpfung von der „Züchtung der Mörderkultur" bezieht. Sie lautet: „Wir wollen sie aber dennoch auf die beutige Ausgabe der „Volksstimme" verweisen, denn da findet sie von der ersten bis zur letzten Seite die Belegstellen dutzendweise. Mehreres zu sagen ist überflüssig."

Eine Verleumdung wird nicht wahrer, wenn sie zweimal erhoben wird. Nachdem die „Allg. Ztg." so offen sich selbst als Verleumderblatt entlarvt — sie kann keine Beweise für ihre Behauptung erbringen —, können die Akten über die schamlose Gesinnung dieses Blattes geschlossen werden.

Zum Wohnungsproblem.

Die Siedlungsbestrebungen in der Stadt Halle.

Die Wohnungsnot besteht ja nicht erst seit gestern, sondern sie hat schon immer bestanden; die heutigen Zustände haben ihre Ursache bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts hinein, in die Zeit, da Deutschland aus dem Agrarstaat zum Industriestaat überging. Anfang der fünfziger Jahre kam die große Masse der verarmten ländlichen Bevölkerung in Bewegung, d. h. sie wanderte nach den Industriebezirken und Großstädten ab. Staat und Gemeinden taten nichts, dieses Zuströmen auf verhältnismäßig engen Raum zu entwirren, d. h. für gesunde Wohnungen Sorge zu tragen. Man überließ es dem Privatkapital, den Haus- und Grundstückspekulanten für die Zugewanderten Sorge zu tragen. Diese suchten durch Ausbauen von Dachgeschossen, Kellerwohnungen usw. der Situation Herr zu werden. Hierdurch entstanden Lasterhöhlen, Mietskasernen, die in der Kriminalistik der neunziger Jahre eine große Rolle spielten.

Der Krieg hat die Wohnungsnot zur Katastrophe gesteigert, sie der Menschheit offensichtlich vor Augen geführt und dadurch das Sehnen der ärmeren Bevölkerungsklassen nach besseren Wohnstätten so wie nach dem Besitz eines eigenen Heims geweckt.

Die schwer arbeitenden Berufsmenschen sind heute die Kreise, welche die iSedlungsbewegung richtig erfaßt haben; sie erkennen, daß diese dem wirtschaftlich Schwachen dienen.

Hierzu ist aber nötig, daß man nicht zu engherzig mit der Hergabe von geeignetem Gelände umgeht, sondern großzügig dem Baugelände 800 bis 1000 Quadratmeter Garten zugibt. Was nützt dem Siedler 50 bis 150 Quadratmeter Gartenfläche; diese gleicht einem Blumentopf.

Durch die immer weitere Industrialisierung besonders Mitteldeutschlands müßten gerade die Städte die Siedlungsbestrebungen weitgehendst fördern.

Auf diesem Gebiete ist bis heute von einer Reihe von Städten vorbildlich gearbeitet, in Jena, Gera, Weimar, Merseburg — dort ist in den letzten zwei Jahren viel Gutes geschaffen worden. Merseburg ist ein Eldorado für unbemittelte Siedler. Die Stadtbehörde unter Führung ihres Stadtbaurat Herrn Zöllinger unterstützt jeden Bürger, der durch Selbsthilfe bauen will, durch Hergabe kostenlosen Baulandes; sie verschafft Hypotheken sowie andere großzügige Erleichterungen. In einer billigen Bauweise, das Material aus den Urstoffen des Bodens auf der Baustelle gewonnen, entstehen freundliche Einfamilienwohnungen. Dort kann man sich überzeugen, daß es verfehlt ist, immer nur dem teueren Ziegelbau das Wort zu reden, weil an diesem am meisten verdient wird und weil der Fachmann von seinem Althergebrachten, Erlernten sich nicht trennen oder umstellen will. Die Stadt Halle dem kleineren Merseburg gegenüber gestellt, kann in bezug auf das Siedlungswesen den Vergleich nicht aushalten.

Was hat die Stadt Halle seit 1918 bis heute zur Behebung der krassen Wohnungsnot getan?

Fast nichts. In eigener Regie hat sie ebenfalls versagt. Inwieweit hat sie die Bürger nach dieser Seite unterstützt? An dem Maßstab der vorerwähnten Kleinstädte gemessen ist das Ergebnis ein äußerst trauriges. Halle hat seit 1918 die Wohnungsnot mit ganz unzulänglichen Mitteln zu mindern gesucht, sie hat es genau dem Privatkapital des vorigen Jahrhunderts abgesehen, nämlich Dachgeschosse, Kellerwohnungen und alte Häuser mit unverhältnismäßig hohen Kosten ausgebaut, womit man entschieden bessere Einfamilienhäuser erbaut hätte. Weiter hat die Stadt am Roßplatz eine Kleinbauskolonie erbaut. Der äußerliche Eindruck dieser Häuser hat offenbar infolge der in der Nähe stehenden höheren Gebäude, oder aus anderen Gründen abschreckend auf die Stadt gewirkt. — Auf freiem Felde würde diese Kolonie Kleinhäuser auf den Beschauer eine bessere Wirkung ausüben; man wird von berufener fachmännischer Stelle des Magistrats einwenden, ja wir können nur an bebauten Straßen Wohnungen und Häuser schaffen; inwieweit dies bedingt richtig ist, soll hier nicht untersucht werden. Kann sich der Magistrat von dem Kasernenstil nicht trennen? Es zeugt nicht von großen Fähigkeiten der Stadt Halle als soziale Städtebauer und man braucht nur den Stadtplan zu betrachten, um sich von den Sünden der früheren Stadtväter und der Grundstücksspekulanten zu überzeugen.

Lebhaft ist zu wünschen, daß unsere gegenwärtigen Stadtväter und fachmännischen Berater, sowie auch der Magistrat nicht mehr im Sinne vergangener Zeiten sich betätigen mögen, sondern energisch der Wohnungsnot zu Leibe gehen und Besseres, Schöneres schaffen als bisher geschehen ist. Wir haben ja seit Jahren ein Stadterweiterungsamt, auch einen Siedlungstechniker, also dürfte es doch an nichts fehlen, es den kleinen Städten gleichzutun; oder sollen die Pläne, die dort bearbeitet werden, nur Pläne bleiben. Durch die Millionenanleihe 1921 scheint ja die Stadt in eigener Regie sowie mit Hilfe einiger Baugenossenschaften zirka 30 Wohnungen zu schaffen. Davon sind ungefähr 20 bis 30 Eigenheime, die anderen sind mehrstöckige Häuser im Mietskasernenstil, ohne ein Stück nennenswerten Garten oder überhaupt einen solchen.

Die Wohnungen des Kleinbauvereins kommen größtenteils der Bahn und Post zugute. Diese Reichsressorts haben über diese Wohnungen 50 Jahre lang das Mitbestimmungs- und Verfügungsrecht.

Der Magistrat ist nur bestrebt, Mietswohnungen in mehrstöckigen Häusern zu schaffen, während er für Kleinsiedlungen kein Land übrig zu haben scheint, denn die in Halle seit Jahren bestehenden Siedlungsbaugenossenschaften werden sehr stiefmütterlich behandelt, im Interesse des Grundrenten- Grundpächterkapitals.

Man muß die Frage aufwerfen, wer sind denn im Magistrat die Verfechter persönlichen Eigennutzes, denen die Kleinsiedlungen ein Dorn im Auge ist? Sind das diejenigen, die nur für ihre Vereine Mietswohnungen bauen, und durch Bekämpfung der Siedlungsbestrebungen sich die meisten Mittel der städtischen Ueberteuerungszuschüsse bewilligen lassen. Fürchten sie die ethischen Vorteile, die die Kleinsiedlungen dem Volke bringen? Verlangen die seit Jahren vom Magistrat zurückgesetzten Baugenossenschaften denn etwas Unmögliches, daß der Magistrat sich nicht entschließen kann, sie durch Hergabe des erforderlichen Geländes zu unterstützen. Nein, durchaus nicht! Die Projekte und die Finanzierung dieser Genossenschaften ist so gehalten, daß jede andere Stadt, die weitsichtige soziale Vertreter hat, wie es in Merseburg der Fall ist, mit Freuden unterstützen würde.

Zur Erreichung dieses Zieles wird es heiße Kämpfe gegen veraltete Gesetze usw. geben; aber in erster Linie muß der Kampf den Persönlichkeiten gelten, die in rückschrittlicher Weise gegen besseres Wissen in den Verwaltungen, Parlamenten usw. sitzen und die Siedlungsgesetze sabotieren, jenen Handlangern des Grundrenten- und Grundpächterkapitals. R. K.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe von Halle u. Umgegend.

Die Lohnstreitsache der chen genannten Arbeiterschaft, vertreten durch den Deutschen Transportarbeiterverband, ist am 31. August 1921 vor dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß durch nachstehenden Schlichtungsspruch, welcher einstimmig gefaßt wurde, erledigt. Der Spruch lautet: Alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe und der verwandten Berufe erhalten ab 1. September d. Js. auf die bisherigen tariflichen und allgemeinverbindlich erklärten Löhne einen durchgehenden Zuschlag von 25 Prozent.

Des weiteren erhalten auch alle bisherigen sonstigen geldlichen tariflich festgelegten Vergütungen eine Erhöhung um 25 Prozent.

Dieser Spruch ist von beiden Parteien anerkannt und hat demnach Gesetzeskraft erhalten.

Alle organisierten Berufsangehörigen müssen darauf achten, daß sie die neuen Lohnsätze ab 1. d. Mts. richtig ausgezahlt erhalten. Alle etwa entstehenden Differenzen sind im Verbandsbüro des Transportarbeiterverbandes, Dryandersstraße 10, zu melden.

Die Verbandsleitung.

Der Schlußtag des Halleschen Herbstmeetings.

Die diesjährigen Veranstaltungen unseres heimischen Rennvereins gingen mit dem gestrigen Renntag zu Ende, da die Rennen am 25. September bekanntlich auf Rechnung des Anhaltischen Vereines gelaufen werden. Der Tag hielt nicht ganz, was man sich nach dem Verlauf der Sonntagsrennen versprochen hatte. Wohl infolge des etwas hart gewordenen Geläufes blieb ein großer Teil der am Platze befindlichen Pferde den Rennen fern. Die Felder waren daher mehrfach recht schmal, doch wurden die Besucher dafür durch ausgezeichneten Sport entschädigt. In der Hauptsache siegten die Favoriten, nur beim sechsten und siebenten Rennen gab es die üblichen Ueberraschungen, die der schnell und exakt arbeitende Toto mit 100 bzw. 102 : 10 zahlte. Besucherzahl und Umsatz am Toto waren für einen Wochentag recht ansehnlich.

Nachstehend die Ergebnisse:

1. Elstertal-Jagdrennen. 3000 Meter. 14 000 Mk. 1. Taktfest (Adolph). 2. Gebhard (Edler). 3. Saarfels (Schols). Tot.: 26, Platz 13, 13 : 10. Ferner liefen: Gero, Silberkugel, Les Graniers.

2. Jünger-Jagdrennen. 3100 Meter. 18 000 Mk. 1. Mokan (Scholz). 2. Maral (Johnson). 3. Noriela (Edler). Tot.: 32, Platz 14, 13 : 10. Ferner liefen: Halbmond, Adolar, Elsen.

3. Preis von Altefeld. 1800 Meter. 20 000 Mk. 1. Palme (Staudinger). 2. Berliner (Schumann). 3. Thor (Unruh). Tot.: 22 : 10. Drei liefen.

4. Herbst-Ausgleich. 2800 Meter. 23 000 Mk. 1. Wilna (Staudinger). 2. Lebensgefährte (Zimmermann). 3. Sage (Unruh). Tot.: Sieg 16, Platz 12, 13 : 10. Ferner lief: Dalai Lama.

5. Preis von Merseburg. 3800 Meter. 18 000 Mk. 1. Granit (Johnson). 2. Tippel (Theilen). 3. Midbham (Knobel). Tot.: 29 : 10. Granit wurde wegen zu wenig getragenen Gewichtes distanziert, doch blieb dies ohne Einwirkung auf die Wetten.

6. Preis von Ammendorf. 1600 Meter. 15 000 Mk. 1. Metronom (Adolph). 2. Serapis (Zimmermann). 3. Schneeball (Preisler). Tot.: 100, Platz 35, 20, 29 : 10. Ferner liefen: Fra Diavolo, Salas y Gomez, Lipperi, Stalde, Tatarin von Tarescon.

7. Abschiebs-Hürdenrennen. 2800 Meter. 15 000 Mk. 1. Valentine (Unruh). 2. Reinfall (Edler). 3. Abeingau (Knobel). Tot.: 102, Platz 40, 25 : 10. Ferner liefen: Kief in die Welt, Csardas-Fürstin, Namasos.

Wer ist die Tote?

Am 5. September, gegen 2½ Uhr nachmittags, wurde eine weibliche Leiche südlich des Florabades an der Saale gelandet.

Beschreibung: 1,68 groß, dunkelblondes, volles Haar, kräftige Gestalt und rundes, volles Gesicht.

Kleidung: Rotbraunes Hängerkleid mit großen, gelben Karos und Blumen bestickt, schwarze Strümpfe, blau- und weißgestreifter Leinenunterrock, weißes Leinenunterhemd mit Achselschluß, weißer Büstenhalter und halbe, schwarzgemachte Knopfschuhe, die früher gelb oder braun gewesen sind.

Wer über die Tote Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20 oder 21, zu melden, wo ein Lichtbild der Toten ausliegt.

Vereitelter Selbstmordversuch. Gestern nachmittag sprang in der Nähe der Peissnitzbrücke ein hier zugereister Arbeiter in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Er wurde von vorübergehenden Personen wieder herausgeholt und in Schutzhaft genommen.

Gemeindliche öffentliche Sprechstellen. Die neue Fernsprechordnung sieht die Einrichtung einer neuen Art öffentlicher Sprechstellen vor, wie sie bereits bei der früheren bayerischen Telegraphenverwaltung mit Erfolg in größerer Zahl betrieben wor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0005

den sind. Es sind dies die gemeindlichen öffentlichen Sprechstellen. Sie werden ohne Prüfung des Bedürfnisses und ohne Erhebung der Einrichtungsgebühr und [illegible] Fernsprechbeitrags auf Antrag der Gemeindevertretung errichtet, wenn sich die Gemeinde verpflichtet, unentgeltlich einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen, die Sprechstelle unter Einziehung der bestimmungsmäßigen Gebühren ohne Zuschlag zu bedienen, Telegramme anzunehmen und weiterzugeben, Telegramme an Ortseinwohner aufzunehmen und zuzustellen, Personen im Ort zu Gesprächen herbeizurufen, kurze Nachrichten von auswärts an Ortseinwohner zu übermitteln, die tägliche Bekanntgabe der Zeit, ferner Kreistelegramme und die Wettervorhersage entgegenzunehmen, letztere auszuhängen und den Unfallmeldedienst zu besorgen. Die Gemeinde muß dabei eine Mindesteinnahme an Orts- und Fernsprechgebühren von 500 Mark jährlich gewährleisten.

Das Telephon ist für den Verkehr da. Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Telegraphenverwaltung künftig berechtigt. Ortsgespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Durch diese Maßnahme soll dem auch in der Presse schon vielfach beklagten Uebelstande gesteuert werden, daß Fernsprechteilnehmer zum Nachteile des allgemeinen Verkehrs die Verbindungsleitungen über Gebühr für Plaudereien und ähnliche Zwecke benutzen.

Das Städtische Schulmuseum (Neue Promenade 13) ist nicht — wie vielfach angenommen wird — eine nüchterne Lehrmittelsammlung, die nur für Schulleute und Schulkinder da ist, sondern wir besitzen in ihm ein Heimatmuseum, das für jeden, der seine Heimat liebt und sich immer mehr mit ihr vertraut machen will, eine Stätte der anziehendsten Belehrung darstellt. Unser Schulmuseum ist das einzige dieser Art in der ganzen Provinz Sachsen, eine Schöpfung des hallischen Lehrervereins in jahrzehntelanger Arbeit aus eigenen Mitteln unter städtischer Beihilfe und seit dem Mai v. J. der Stadt Halle als Eigentum übergebne. Es bietet des Interessanten so mannigfaltig viel, daß die meisten Besucher öfter als nur einmal seine Gäste sind. Unentgeltlich ist das Museum jeden Mittwoch und Freitag (mit Ausnahme der Schulferien) geöffnet von 4—6 Uhr. Schulklassen können dasselbe auch zu jeder anderen Zeit nach vorheriger Anmeldung bei der Museumsverwaltung (P. Leonhardt, Robert-Franz-Straße 4) besuchen.

Sparkassen-Reisekreditbriefe. Von der Städtischen Sparkasse wird uns geschrieben: Die Sparkassen des Deutschen Reiches gehen seit dem vorigen Jahre einen einheitlichen Reisekreditbrief aus. Die Vorzüge dieses Sparkassen-Reisekreditbriefes sind von dem reisenden Publikum in der kurzen Zeit seiner Einführung allgemein anerkannt worden. Die technische Handhabung der Kreditbriefe ist denkbar einfach. Ihre Ausgabe geschieht durch die Girozentralen und fast alle Sparkassen des Deutschen Reiches. Die Gültigkeit dauert nicht über 6 Monate. Die Reise-Kreditbriefe werden über Beträge bis zu 10 000 Mark ausgestellt. Auf den Gesamtbetrag können täglich bis 1 000 Mark abgehoben werden. Abhebungen können bei fast jeder Sparkasse erfolgen unter Vorlegung des Kreditbriefes und eines mit der Unterschrift und dem Lichtbild des Inhabers versehenen amtlichen Ausweises. Das Guthaben wird entgegen dem der Postkreditbriefe bis zum Tage der einzelnen Abhebungen verzinst. Jede Sparkasse ist berechtigt, zur Unkostendeckung eine Gebühr von 10 Pfennig für je 100 Mark des auszuzahlenden Betrages zu erheben. Ohne Frage bedeutet der Sparkassen-Reisekreditbrief einen erheblichen Fortschritt auf dem Gebiete des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Durch seine großen Vorzüge wird dieser Kreditbrief, von dem bereits im Vorjahre 40 000 Stück zur Ausgabe gelangten, auch weiterhin seine praktische Brauchbarkeit erweisen.

Stadttheater. Heute Donnerstag, Anfang 6½ Uhr, gelangt Richard Wagners „Walküre" zur Aufführung. Freitag „Die Räuber", Sonnabend „Der Barbier von Sevilla", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Die goldene Eva", Sonntag abend „Siegfried", Montag „Der Barbier von Sevilla".

Das Walhalla-Lichtspieltheater bringt, wie wir soeben erfahren, ab Freitag, den 9. d. M., neben einem vorzüglichen Spielplan als Einlage den Original-Bühnen-Sketch: „Fünf Minuten vor Toll." In allen deutschen Großstädten ist dieser Sketch, dargestellt von vier vorzüglichen Filmkünstlern, mit großem Erfolge aufgeführt worden.

Dieskau. Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem leider ein Menschenleben verloren ging, ereignete sich gestern abend gegen ½9 Uhr bei der Schwemme von Canena. Die feuerlose Maschine, die von Dieskau kam, stieß dort mit einer Lokomotive der Staatseisenbahn zusammen, wobei erstere die Böschung hinunterstürzte. Der Aufseher Hanisch aus Halle kam dabei ums Leben, während ein anderer Aufseher, mit Namen Böttcher, mit schweren Brandwunden ins „Bergmannstrost" eingeliefert wurde.

Provinz und Umgegend.

Behördliche Rücksichtslosigkeit gegen Kriegsbeschädigte.

Seit langem schon hat das Reichsverkehrsministerium angeordnet, daß in sämtlichen Personenzügen besondere Abteile für Schwerbeschädigte mitgeführt werden, um diesen Bedauernswerten vor allem eine Sitzgelegenheit zu beschaffen und sie vor den sonstigen Belästigungen einer beschwerlichen Eisenbahnfahrt zu schützen. Mit dieser Einrichtung war eine alte und gerechte Forderung der Kriegsbeschädigtenorganisationen erfüllt. Man konnte auch beobachten, daß das Fahrpersonal für die Unterbringung der Schwerbeschädigten im besonderen Abteil sogar mit übertriebener Gewissenhaftigkeit bemüht war. Wehe, wenn ein Schwerbeschädigter einmal in einem anderen Abteil Platz genommen hatte. Er mußte dann bestimmt auf der nächsten größeren Station wieder aussteigen und mit seinen Krücken oder Prothesen nach dem Schwerbeschädigtenabteil humpeln. Fast bei jedem Zuge kann man diese Beobachtung machen. Wenn man nun bedenkt, daß man auf den Bahnsteigen nie vorher wissen kann, wo gerade das Schwerbeschädigtenabteil zum Halten kommt, und es oft auch durch Herunterlassen der Abteilfenster nicht mehr ersichtlich ist, daß ferner die kurzen Aufenthalte gerade einen Schwerbeschädigten nicht erst das suchende Abrennen des langen Zuges ermöglichen und er deshalb notgedrungen, um überhaupt mitzukommen, ins erste beste Abteil klettert, so erscheint dieser Dienstübereifer der Beamten nicht gerade als „Bürgerpflicht" für die Kriegsbeschädigten. Besonders jetzt nicht mehr, wo die neuen Fahrtausweise für Kriegsbeschädigte ihnen das Reisen in der 3. Wagenklasse für den Fahrpreis der 4. Klasse gestatten, ohne daß damit eine Bestimmung getroffen worden ist, die den Schwerbeschädigten zum Platznehmen im Schwerbeschädigtenabteil verpflichtet. Wir bitten gerade hierüber einmal um Auskunft von der Eisenbahndirektion und der Hauptfürsorgestelle in Merseburg, da das Fahrpersonal diese Bestimmung ganz nach eigener Auffassung auslegt. In Sachsen, Bayern, Süddeutschland kann ein Schwerbeschädigter mit dem erwähnten Ausweis in jedem Abteil 3. Klasse Platz behalten, während die ja besonders genauen und bürokratischen preußischen Beamten hier anders verfahren.

Geradezu empören muß es aber, wenn das Fahrpersonal im Schwerbeschädigtenabteil Reisende mit Hunden, die nicht Schwerbeschädigte sind, unterbringt. Das sind nicht etwa Ausnahmefälle. Seit langem schon beobachten wir z. B. auf der Strecke Halle—Torgau—Kottbus, wie oft eine ganze Jagdgesellschaft mit Hunden, Schießprügeln, Jagdtaschen usw. ins Schwerbeschädigtenabteil gestopft wird. Diese feudalen Jäger haben sich an diese Tatsache schon so sehr gewöhnt, daß z. B. die von Leipzig kommenden, in Eilenburg zusteigenden Jäger direkt das Schwerbeschädigtenabteil suchen. Warum nimmt man denn, falls nicht genügend Abteile für Reisende mit Hunden vorhanden sind, diese jagenden Kapitalisten nicht mit in das Dienstabteil, in dem meistens nur drei bis vier Beamte sitzen? Den Schwerbeschädigten kann man es doch wahrlich nicht zumuten, mit dieser Gesellschaft zusammen zu reisen, deren Unterhaltung über ihre jahrlichen Lebensgenüsse direkt eine Verhöhnung der Kriegsopfernot ist. Soll sich der Schwerbeschädigte auch hier wieder vor den „Herren" in die Ecke drücken und fette Jagdhunde sich auf seinen lahmen Knochen herumtreiben lassen, oder soll er etwa durch Aufnahme von Hundeflähen wieder in suchende und tratzende Erinnerung an verlaufte Unterstände und Quartiere versetzt werden?

Hier ist umgehende Abhilfe Pflicht! Wir erwarten sofortige Antwort, was die Hauptfürsorgestelle in Merseburg hier zu tun gedenkt, um beim Reichsverkehrsminister schnellstens eine Verfügung zu erwirken, die solchen unerhörten Zuständen ein Ende bereitet. Vgl.

Die Pensionsregelungen übernehmen die Hauptversorgungsämter.

Vom 1. September 1921 an wurde die bisher den Pensionsregelungsbehörden obliegende Anweisung usw., der zahlbaren Militärpensionen und Versorgungsgebührnisse von den Versorgungsbehörden übenommen. Die Anweisung usw. erfolgt dann bei den nach dem Reichsversorgungsgesetze vom 12. Mai 1920 und nach dem Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 berechtigten Bezügen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gebührnissen durch die Hauptversorgungsämter. In der Abhebung der Gebührnisse bei den zahlenden Kassen tritt hierdurch keine Aenderung ein.

Personen, die am 1. September 1921 bezüglich Versorgungsgebührnisse auf Anweisung einer Pensionsregelungsbehörde beziehen, werden je nach ihrer Abfindungsart in den Geschäftsbereich der künftig für sie in Anweisungsangelegenheiten zuständigen Versorgungsbehörde allmählich übergeführt werden. Sobald sie von dieser übernommen sind, wird ihnen Nachricht hierüber zugehen. Bis dahin würden sie sich im Bedarfsfalle noch an die bisher für sie zuständigen Pensionsregelungsbehörden zu wenden haben, deren Anschrift sich jedoch ändert, weil sie von dem angegebenen Tage unter Beibehaltung ihres gegenwärtigen Dienstsitzes den Hauptversorgungsämtern als Abteilungen angegliedert werden. Die neuen Anschriften für die im Bereiche des Hauptversorgungsamts Magdeburg befindlichen Pensionsregelungsbehörden lauten dann wie folgt:

Pensionsregelungsbehörde 11 bisher in Magdeburg, jetzt
Hauptversorgungamt Magdeburg (Regelungsabteilung)
in Magdeburg,
Pensionsregelungsbehörde 5: bisher in Merseburg, jetzt
Hauptversorgungsamt (Regelungszweigabteilung Merseburg)
in Merseburg.

Ueber die neuen Anschriften der anderen Pensionsregelungsbehörden gibt jede Versorgungsbehörde, amtliche Hauptfürsorgestelle oder Fürsorgestelle auf Befragen Auskunft. Bis zum Bekanntwerden der neuen Anschrift können Schreiben an ehemalige Pensionsregelungsbehörden auch unter ihrer, dem Versorgungsberechtigten bekannten bisherigen Anschrift abgesandt werden.

Landaufenthalt für Stadtkinder.

Das Oberpräsidium gibt bekannt, daß für erholungsbedürftige Kinder das unserer Provinz während der Sommermonate zur Verfügung stehende Kindererholungsheim in Bad Elmen auch über die Zeit nach dem 15. September in Betrieb gehalten werden kann, falls mit einer genügenden Belegung desselben gerechnet werden kann. Es sind zunächst zwei Kurzeitperioden — vom 20. 9. bis 1. 11. 1921 für Knaben und vom 4. 11. bis 15. 12. 1921 für Mädchen in Aussicht genommen, doch können aber auch besondere Wünsche bezgl. der Kurzeitverlegung berücksichtigt werden. Die Belieferung des Heimes mit Quäkerspeisen ist bereits gesichert. Für Unterkunft und Verpflegung kommen pro Kind und Tag 11 bis 12 Mk. in Ansatz, dazu die Bäder, für welche die Badeverwaltung einen Vorzugspreis von 2 Mk. einschließlich Kurtaxe eingeräumt hat.

Die Kreiswohlfahrtsämter nehmen Anmeldungen aus dem Kreise zur Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder entgegen.

Stenographen-Hauptversammlung.

Der Stenographen-Bund Sachsen-Anhalt (System Stolze-Schrey) hielt am 3. und 4. September in Stendal seine 47. Jahres-Hauptversammlung ab, die von 800 Schriftfreunden aus allen Teilen des Bundesgebietes besucht war. In der Vertreterversammlung am Sonnabend wurden die inneren Angelegenheiten des Bundes erörtert. Am Sonntag Vormittag folgte in den Räumen des Gymnasiums und der Volksschule das Wettschreiben, bei dem nahezu 700 Arbeiten abgegeben wurden und die Höchstgeschwindigkeit mit 420 Silben in der Minute von Ernst Ruhemagdeburg erreicht wurde. Im Wettlesen erzielten 3 Teilnehmer Höchstleistungen von über 600 Silben in der Minute. Auch die in der englischen Sprache gegebenen Diktate konnten für preiswürdig erklärt werden. In der Festversammlung, die im überfüllten großen Saal von Haupt's Gesellschaftshaus stattfand und bei der die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden der Stenographie ihre hohe Anerkennung bezeugten, sprach das Ehrenmitglied des Bundes, Landrat Böer-Gardelegen, über Stenographie und Staat. Redner verlangte höhere Wertschätzung und Verwendung kurzschriftlicher Leistungen sowie die Pflege durch den Staat. Die stenographische Ausstellung zeugte von hohem Können in Schön- und Schnellschrift.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Mansfelder Land.

Abrisse von Egon Klüen.

Einer hat es erobert, einer hat es erschlossen: Der Bergmann .... Der Pionier der Tiefe schlug aus den Schollen der Erde das leuchtende Erz. Wie große, glänzende Lichterreigen in der Nacht des lauen Erntehochsommers steigen die Schächte empor und singen mit ihrer Förderung das Lob der Mansfelder Arbeitsfaust.

Wenn der Nachtzug von Sangerhausen herunter von Wolferode ab dem Reisenden das breitgelagerte, mächtige Hüttenwerk der Krughütte in dem prächtigsten Lichtschauspiel der Industrie zeigt, die Würfelschlacke wie eine feurige Schlamme ausfließt, dann trinkt man wohl das erhebende Bild mit den Augen ein — wer aber sieht daneben in der Dunkelheit der Nacht das himmelshohe Schattenbild des Mansfelder Bergmanns aufragen?!

So sind wir gleich im Herzen des Mansfelder Landes. Das gleichmäßiger gewellte Land von Halle herauf durch die gewaltige Symphonie des Röblinger Industriereviers steigt nach Norden und Nordwesten hin zu der Mansfelder Hochfläche mit ihrer Landwirtschaft empor und faltet sich nach Westen, Eisleben zu in den ersten Hügelketten des Harzvorlandes auf. Und quergeschichtet diesem gesamten Vorland birgt das Mansfelder Land — der Stadtkreis. Eisleben mit dem Mansfelder See- und Gebirgskreis — den Kupferreichtum des Gebietes. Dehnt sich der Seekreis mit der Ueppigkeit und der goldenen Welle der Kornfelder (es lebe der agrarische Wucher!) bis weit an die Fluten der Saale, so streckt sich das Mansfelder Gebirgsland träumend in die schönen Harzwälder aus. Der Pulschlag des Landschaftsideens ist das an Hügelrücken und im Tale der Bösen Sieben bergig gelagerte Eisleben.

Es hat so manche Schönheiten verborgen in sich. Weniger denke ich an die wohlgehegten Stadtviertel und den nervenerfrischenden Park — über die Breite und spießerliche Vornehmheit und Behäbigkeit der Unterstadt reden sich die Arbeiterstraßen des Rammbergs usw. einerseits der Bösen Sieben und der Neustadt andererseits. In der charakteristischen Gruppierung ist der Typus Eislebens als Berg-, sagen wir lieber Bergmannsstadt geprägt. Diese aller vornehmen Breite baren, oft vom Hüttenqualm angegrauten und erfüllten Straßenzüge haben Winkel mit wild überhängenden Teufelswirn und Gassen, von denen man über die Buntheit der Stadt hinaus bis nach dem glitzernden Streifen des „Süßen Sees" schaut, an klaren, sonnigen Tagen die Riesenschornsteine nicht nur der Röblinger Werke, sondern auch der Launeawerke wie zartfeine Stäbchen schimmern sieht. So schreitet man auf dem Weinberg entlang, das Auge schweifend auf dem Nahen und Fernen.

An die Stadt rücken im Südwesten und Westen an der Krughütte größere Hüttengruppen heran, zwischen denen sich die Straße nach Sangerhausen und den Grundbörfern mit der elektrischen Fernbahn des Mansfelder Bergreviers hinzieht. Da ist die Hüneburg ein beherrschender Höhenpunkt um Eisleben. Ein einsamer Baum, der sogen. „Kuckucksbaum," gibt dem Hügel seinen seltsamen Reiz. Im Süden davon wollt wie eine dunkelgrüne Woge der Siedendorfer und Bornstedter Forst dahin. Blickt man nach Westen und Nordwesten ins Harzland hinein, so sieht man in lebhafter Windung die Linie der Grunddörfer sich im „Grund" wie eine einzige lange Stadt hinziehen bis hin nach Helbra, von wo aus in wuchtiger Ruhe die Krughütte ihre gewaltigen Rauchschwaden, einer großen grauen Wolkendecke vergleichbar, über das Land hinsendet. Darüber hinaus dämmert im Duft des Sommertages Benndorf und das jenseitige Hochplateau. Und wohin man blickt, dem Norden zu, breitgestreckt die Schächte, Schächte ... Wenn der Abend verklingt, glitzert es rundum wie ein Reigen auf, kleine Lichterherde, wie Perlen nebeneinandergereihte Lampenketten, umkränzen die Heimat der Arbeit. Das ist das Herz des Märzaufstandsgebietes, das wieder in schützender Nacht befriedet und ruhig liegt. Und hier auf der Hüneburg oben befand sich eine Zeitlang das Hauptquartier von Max Hölz .... Es sind bittere Erinnerungen, jene Tage voll vom klaffenden Singsang der Maschinengewehre und dem Knattern der Gewehre, erdebend von furchtbaren Sprengungen, erfüllt von verbindetem Haß. Besonnt und geruhig sehe ich die Mädchenvolksschule überragend liegen, die eine Schupokaserne, die tagelang umbrandet war vom Kampfried der Kommunistengarben. Und gegenüber die andere zweite Kaserne, das lang hingestreckte Lehrerseminar, der beherrschende Stützpunkt, ein vielumstrittenes Gebäude .... Und alles, in ein Fanal des Streites. Und dann die furchtbare Nacht des Karfreitags. Nachmittags durch die einzelnstroffenen Schupoverstärkungen ein ruhiges Bild, nur ein äußerst starkes Straßenleben, sonst aber Ruhe. Der Abend kam herauf. Schon lag die laue, leimender Kräfte des Frühlings volle Dunkelheit über dem ahnungsschummern, zu ruhigem Schweigen — da, gegen 8 Uhr hin: Ein aufdonnerndes Sprengen. Die Villa Dr. Epers flog in die Luft. Und nun der Gesang des furchtbaren Kampfes, durchdröhnt von den Donnern der Sprengungen. — Der Sonnabend Morgen war das traurige Finale für Eisleben, ein Scherben- und Trümmerfeld .... — — Es ist vorbeigeweht. Wir wollen und sollen das Bittere vergessen und von den großen Stunden leben. Vielleicht kommt einmal der Tag, wo Bruder sich zu Bruder, Genosse zu Genosse unter einem roten Flaggenhimmel die Hände reichen zu freudiger Einheit und ersprießlichem Frieden. Er kommt — Und wenn ich nun durch die Reihe der Grunddörfer Wimmelburg Kreisfelde, Hergisdorf, Ahlsdorf fahre, die friedsame Gegenparteistätte erschaue, dann, ja dann blüht Glauben und Hoffen, dem Block des adelsten, echten Sozialismus zu schaffen, neu, zukunftsweit auf. Zähe Ausdauer aber brauchen wir. Hoch auf den Hängen rechts ihronen Schlackenhalden neben mattgelben Stoppeln, die Häuser sind dorfmäßig ebenso wie der Pulschlag dieses Dasseins einen kleinen ländlichen Einschlag, soweit er zur notwendigen Befriedigung eigener Ernährungssorgen dient, nicht verleugnet. Links über Ahlsdorf hinaus, wenn man in der Fahrtrichtung der elektrischen Fernbahn schreitet, geht es durch Schluchten in die Einsamkeiten der Harzwälder hinauf. Besonders zu Pfingsten flutet der Strom der Erholung Suchenden in die reiche Stille jener Forsten. Vor Helbra hat die Elektrische einen tüchtigen Berg, der in östlicher Richtung nach Helbra hinaufführt, zu überwinden. Da hat man rechts, da die Hänge nun gesunken sind und es auf die Höhe hinaufsteigt, das gewaltige Gemälde der Arbeit in dem Bild der Krughütte. Ein leises, dumpfes Beben von jenem Werk steht immer in der Luft. Helbra, vielleicht der Typus des Ortswesens im Bergrevier. Durch und durch Arbeiterdorf, schon mehr Stadt. Man spürt es hart, wenn man unter den mächtigen Rauchwolken der Krughütte hindurch eine von Kreisfeld heraufführende Chaussee hereinschreitet. Links eine typische Arbeiterkolonie, elend hingelagert, nicht in hohe Mietskasernen verwachsen, wohl aber aneinander gepreßt gleich schlechten, rechten Polenkasernen auf dem Lande. Nasa .... wenn der Wind von Süden weht, beißt die ohnehin stickige, dämpfige Wolke der Krughütte sich in dieses Leben hinein, frißt an den Lungen der Kinder und der Jugend ... Warum auch nicht ... Industrialismus, sagt man und raucht seine Zigarren im Schoße molliger Klubsessel. Und erhebt sich würdegroß, pathetisch: „Meine Herren, die Dividende! Bedenken Sie, wir müssen leben ...!" Tief im Schacht, im Blutstrom der Erde bricht der Bergmann das Gestein, unermüdlich fast gleitet geheimnistief der Förderkorb; wenn Schichtwechsel ist, taucht er mit bleichen Gesichtern empor. Und draußen ist blühender, glühender Sommertag. Die Ernte liegt körnerschwer wie selten, Erntefuhren schwanken in torweite Höfe. Und ein Paar Augen sagen: „Eigentlich können wir mal den Brotpreis wieder 'n bißchen klettern lassen. Die verdienen doch genug!" Und man lächelt wieder, der reich Bemittelte im Auto der Großstadt, der selbst blinzelnde Herr hinter den Gardinen ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0006

Merseburg — Querfurt — Weißenfels — Zeitz.

Merseburg. Achtung, Gewerkschaftler! Nachdem die Kommunisten in Halle mit ihrer Zersplitterungspolitik kläglich Schiffbruch gelitten haben, versucht man jetzt scheinbar dasselbe Spiel in Merseburg. Da aber die kommunistischen Parolen nicht mehr genügend Anziehungskraft haben, um die Versammlungslokale zu füllen, greift man nun auch hier zu den bekannten üblen Mitteln, um den Moskauer Phrasenschwall in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Für den heutigen Abend war vom Bezirkskartell eine Generalversammlung in den Funkenburg angesetzt, in Kollege Feustel-Bitterberg sprechen sollte. Mit der sattsam bekannten kommunistischen Unverfrorenheit setzten nunmehr die Nachläufer der Moskauer Gewerkschaftszersplitterer zur selben Zeit und im selben Lokal eine Versammlung an, in der irgend eine „Größe" über die Verhandlungen des sogenannten „roten" Gewerkschaftskongresses Bericht erstatten wollte. Das Gewerkschaftskartell hatte sofort alle Schritte unternommen, um zu einer gütlichen Einigung zu gelangen. Von kommunistischer Seite wurde auch versprochen, in dieser Richtung in ihrer Mitgliederversammlung zu wirken. Daß dieses Versprechen nicht gehalten wurde, ist bei Kommunisten selbstverständlich. Die Herrschaften wollen sich die Gelegenheit, auf billige Art und Weise einmal zu einem vollen Haus zu sprechen, nicht entgehen lassen und beschlossen, ihre Versammlung nun erst recht abzuhalten. Kollegen, solchen unsauberen Mitteln gegenüber gibt es nur eins, man läßt die Leute, die sich ihrer bedienen, unter sich. Wir haben als organisierte Arbeiter keine Lust, dem Bürgertum ein Schauspiel zu bieten dadurch, daß wir uns mit den Kommunisten um den Saal herumstreiten. Aus diesem Grunde wird die Gewerkschaftsversammlung auf einen noch bekannt zu gebenden Tag der nächsten Woche verlegt. Von den Kollegen erwarten wir, daß sie dieser neuesten kommunistischen Aktion gegenüber eine Haltung einnehmen, die diesen zu erkennen gibt, daß auch die Merseburger Arbeiterschaft nicht gewillt ist, hallische Praktiken in die Gewerkschaftsbewegung einzuführen. Darum meidet die Veranstaltungen der Gewerkschaftszersplitterer und erscheint vollzählig, wenn das Bezirkskartell dazu aufruft.

Lauchа. Gründung eines Ortsvereins. Am Donnerstag, den 1. September, fand in unserem Orte eine Besprechung über unseren Ortsverein im Beisein des Genossen Bauer (Merseburg) statt. Es wurden alle Fragen, die unsere Organisation angehen, insbesondere aber unsere örtlichen Verhältnisse eingehend besprochen. Sodann wurde die Ortsverwaltung gebildet und als Vorsitzender der Genosse Karl Zeuner, Amtsstraße Hauptstraße, und als Kassierer der Genosse Max Köppel, Untere Krautgasse bestimmt. Alle Freunde unserer Partei bitten wir, sich an obige Adressen zu wenden

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Kappstadts Ruhm. Die traurige Berühmtheit Naumburgs steigert sich mit beinahe jeder politischen Begebenheit. Im Verschwörerkollegium des Kapp-Putsches saß Dr. Schiele (Naumburg), dem es anscheinend irgendwo sehr wohl ergeben muß; denn seine Familie steht glänzend da und bildet den Mittelpunkt kappstädtischer Huldigungen in schwarz-weiß-rot. Die Kugel, die des Republikaner Erzbergers Leben beendete, soll, wie der dringende Verdacht lautet, ein Fähnrich v. Hirschfeld abgeschossen haben, der die günstige Konjunktur benutzte, aus dem Gefängnis auf Urlaub ging, wie das bei Herrschaften, die den Herren Richtern als gesinnungstüchtig und ehrenwortfest nahestehen, so üblich ist. Dieser Strafgefangene auf Erholungsurlaub v. Hirschfeld, der sich bereits einmal als Mörder versuchte, hat seinen Wohnsitz merkwürdigerweise in unmittelbarer Nähe Naumburgs, in Almrich. Wie sagt doch der Volksmund von den Seelen, die sich überall zusammenfinden im Lande? Kappstadts Ruhm mehrt sich. Nun hat sich neulich wiederum ein Heldenstücklein ereignet, das auch nur in Kapstadt möglich sein dürfte. Da sind neulich drei grüne Polisisten und ein Geheimer ausgezogen, nicht etwa, um einen Kapperbrecher zu verhaften oder um den Stahlhelm-Alliierten Maschinengewehre und Funkerstationen zu entreihen, sondern um einen frommen einsamen Erdenpilger, Gusto Gräser, zu verhaften, der sich der Muchehen Mercksemeinde ausgeschlossen hatte und nichts weiter tat, als über die Entelendung der Menschheit nachzudenken. Wer Gedichte von Gusto Gräser kennt, weiß, welcher Ernst und welche Liebe in diesem Menschen wohnt. Das sieht aber gewisse Staatsbürger nicht an. Gräser ist lästiger Ausländer. Er stammt aus Siebenbürgen. Deshalb kann man ihn jederzeit als Schädling entfernen. Welch ein traurig typisches Bild für die Gegenwart: Der harmlose fromme Mann mit dem Johannishaupt und der Johanniswandung und um ihn drei Bewaffnete und ein Kriminalbeamter. Unsere Theologen und Lehrer brauchen für die Märtyrergestalten ihrer Religionsstunde keine Vergangenen mehr, keine Jorstäubten. Die Gegenwart bietet ihnen reichliche Bilder der Märtyrerschaft. Oder ist nicht das, was man Gusto Gräser tat, Tausenden vor ihm geschehen durch brutale Gewalt, sinnloses Gericht? „Menschen, Heimat brauch die Erde! Hört die Not, sie sinat, sie schreit: Mannheit wachse, Heimat werde! Es ist Zeit!" So beschließt Gusto Gräser eines seiner Gedichte. Ein wehrloser zeitiger Mann — und vier Bewaffnete! Kapstadt, wieviel Komödien dieser Art wirst du der Welt noch zubereiten?

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Eisleben. Oeffentliche Versammlung. Eine Einladung an die Eltern unserer Stadt erläßt der Lehrerverein Eisleben und Umgegend zu einer öffentlichen Versammlung. Die Versammlung findet im „Mansfelder Hof" statt. Es spricht Lehrer Tews-Berlin über die „Stellung zum Reichsschulgesetz-Entwurf". Bedauerlicherweise trifft die Versammlung mit der Volksbühnenaufführung „Kabale und Liebe" zusammen. Die Versammlung hätte an einem anderen Abend eingerichtet werden können. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß Tews einer der hervorragendsten Verfechter der Einheitsschule ist. Das hiesige Proletariat muß durch regen Besuch beweisen, daß es gewillt ist, Arm in Arm mit den freiheitlich gesinnten Lehrern den Kampf gegen die in dem vorgelegten Schulgesetzentwurf sich wieder breit machenden Reaktion aufzunehmen.

Eisleben. Bittere Not in Lehrerkreisen. Man schreibt uns: Der Verzweiflung in die Arme getrieben werden unsere jungen Lehrer. Täglich lesen sie in allen Zeitungen von bevorstehenden Gehaltserhöhungen, die der Rat steuern sollen. Und wie sieht's in Wirklichkeit damit? Die Bezüge, die ihnen seit dem 1. April 1920 (neunzehnhundertzwanzig) zustehen, die hat noch keiner erhalten. Petitionen und Gesuche bei den Regierungen um Auszahlung der rückständigen, wohlverdienten Gelder werden gar nicht beantwortet. Und dabei handelt es sich um Tausende von Mark. Mehrere Hundert Mark werden allmonatlich abgezogen, weil die Beamten der Kassenverwaltung nicht alles ausrechnen können. Aber was prompt und stets pünktlich abgezogen wird, das sind Steuern, dabei verlangt keine Behörde. Wo soll der junge Lehrer sein Recht suchen? Sein Bruder ist zugleich sein Richter. Wen soll er verklagen? Warum entschuldigt sich die Regierung stets damit, daß die dort beschäftigten Beamten die Arbeit nicht schaffen können? Warum antwortet sie gar nicht, als ihr alles fig und fertig ausgerechnet zugesandt wurde? Und warum zahlt sie nicht die Bezüge, die außer den Lehrern schon alle Beamten erhalten, die von Tabellen abzulesen sind? Da gibts keine Entschuldigungen mehr, die Regierung schweigt! Wie finden unseren Notschrei hinaus in die weite Oeffentlichkeit, die da täglich lesen muß, daß allen Beamten jetzt schnell geholfen werden soll durch erhöhte Zuschläge. Wer hilft uns?

Sangerhausen. Sammlungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Immer wieder läßt sich die Beobachtung machen, daß sich Persönlichkeiten an das Publikum wenden, um in den verschiedensten Formen seine Gebefreudigkeit zugunsten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen des letzten Krieges in Anspruch zu nehmen. Die Bevölkerung, die oft über die tatsächlichen Verhältnisse und den Wert der Sammlungsveranstaltungen wenig unterrichtet ist, wendet dabei unter Umständen ihre Gaben Stellen zu, bei denen es zum mindesten zweifelhaft erscheint, ob sie den Interessen der Kriegsbeschädigten in Sangerhausen zugute kommen. Es wird daher darauf hingewiesen, daß durch die Reichsverordnung vom 8. Februar 1919 eine amtliche soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene eingerichtet ist, deren Organe die amtlichen Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen sind, die in Preußen den Provinzen bezw. den Stadt- und Landkreisen angegliedert wurden. In den Beiräte dieser Fürsorgestellen sind Vertreter der Organisationen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen berufen, soweit sie nach der Bedeutung ihrer Organisationen für ein Bereich der Stellen hierfür in Frage kommen. Die vorgesehene Mitwirkung dieser Beiräte bei der Verwendung der für die soziale Fürsorge zur Verfügung stehenden öffentlichen und Spendemittel bietet die Gewähr, daß sowohl den örtlichen als auch den allgemeinen Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Rechnung getragen wird. Auch der beim Reichsarbeitsministerium gebildete Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge hat sich in einer Sitzung vom 3. März ausdrücklich gegen die immer wieder auftauchenden Versuche gewandt, durch die die Oeffentlichkeit einseitig von Stellen um Spenden oder sonstigen Leistungen für Zwecke der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen angegangen wird, die nicht hierzu im Interesse der Allgemeinheit der Kriegsopfer ermächtigt erscheinen. Die Hauptfürsorgestelle wird auch im Allgemeinen gegenüber den maßgeblichen Aufsichtsbehörden den Standpunkt vertreten, daß derartigen Sammlungen und Werbungen die Genehmigung zu versagen ist. Wo in der Oeffentlichkeit der Wunsch besteht, Spenden für Zwecke der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu gewähren, mögen sie der amtlichen Fürsorgestelle Sangerhausen, Kreiswohlfahrtsamt, übermittelt werden, die ihrerseits bereit ist, die Spenden einer zweckmäßigen Verwendung zuzuführen.

Sangerhausen. Ein Werber für die Fremdenlegion verhaftet. Hier wurde ein Werber für die Fremdenlegion, der in der Umgegend sein Unwesen getrieben, und besonders Blankenheim zum Felde seiner unheilvollen Tätigkeit gemacht hatte, in Rietledt verhaftet und dem Polizeigefängnis in Sangerhausen zugeführt.

Hettstedt. Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung. Am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Einführung der nachrückenden Stadtverordneten, 2. Wahl des Bürgermeisters, 3. Ergänzungswahlen zu den städtischen Ausschüssen, 4. Bericht über Prüfung der städt. Kassen, 5. Aenderung der Sparkassen-Satzungen, 6. Entscheidung über Weiterverpachtung des Sportplatzes, 7. Erhöhung der Entschädigung für Erteilung des Unterrichts an der gewerbl. Fortbildungsschule. (Min.-Erl. v. 21. Juni 1921.) — Da die Stadt schon seit langer Zeit ihres Oberhauptes verlustig ist und dringend Ersatz dafür bedarf, wünschen wir der Stadtverordneten-Versammlung viel Glück und Verständnis bei der Bürgermeisterwahl.

Bitterfeld—Delitzsch.

Zörbig. Urlisten einsehen! Die Auswahl der Schöffen für das Jahr 1922 steht vor der Tür. Die Urlisten, aus denen der Vertrauensmännerausschuß bei dem hiesigen Amtsgerichte die Auswahl vornehmen wird, werden in diesen Tagen in Zörbig auf dem Rathause und bei den Gemeindevorstehern der umliegenden Ortschaften zur öffentlichen Einsicht ausgelegt, so daß jeder die Möglichkeit hat, sich davon zu überzeugen, ob sein Name darin steht. Es werden in diesem Jahre nicht wie früher besondere Listen aufgestellt, sondern die Wählerlisten der letzten Wahl am 20. Febr. zugrunde gelegt und mit entsprechenden Vermerken versehen. Durch wird eine größere Vollständigkeit erzielt, so daß das arbeitende Volk einen etwas größeren Einfluß auf die Strafrechtspflege gewinnt als in früheren Jahren, was dringend notwendig erscheint.

Torgau—Liebenwerda.

Torgau. Wie die Vertrauensvoten für den Landrat von A.S.P.-Gnaden, zustande kommen. Genosse Dietrich-Falkenberg sprach am Sonabend, den 3. September in Kobershain über die politische Lage. Er streifte unter anderem auch die Torgauer Landrats-Angelegenheiten. Indem er keinen Zweifel darüber ließ, daß doch die Republik von den Beamten mindestens verlangen kann, daß sie ihre Anordnungen durchführt und nicht ins Lächerliche zieht, wie das von Gerecke des Oefteren geschehen ist, so anläßlich der letzten Wahlen und bei seinem Bericht, den er vom Provinziallandtag gegeben hat. Ein Landrat ist Hüter der Staatsautorität, aber nicht dazu da, um den Staat und seine gewählten Vertreter vor aller Oeffentlichkeit herumzuzerreißen und lächerlich zu machen. Als Sozialist, Demokrat und Republikaner kann man unmöglich für einen deutschnationalen Landrat eintreten. In der Diskussion meldete sich der Gemeindevertreter Z. Er sagte, daß er seinen Namen nicht unter das Vertrauensvotum gesetzt hätte, ihn auch niemals darunter gesetzt haben würde. In seiner Abwesenheit hätte man seine Frau veranlaßt, seinen Namen unter das Vertrauensvotum zu setzen. Ein anderer Arbeitervertreter der Gemeinde erklärte im Privatgespräch dasselbe. Man sieht also hier, wie von reaktionärer Seite gearbeitet wird und zu was man alles greift. Mit was für Mitteln wird nicht in den rein ländlichen Gemeinden gearbeitet worden sein, wie wird man dort die landwirtschaftlichen Arbeiter behandelt haben, wenn man schon in Dörfern mit Industriearbeitern so verfährt. Unseren Genossen in Stadt und Land rufen wir zu: Augen auf! Merkt Ihr nicht, was gespielt wird!? Wir haben keine Ursache, uns für einen Deutschnationalen, für einen Monarchisten ins Zeug zu legen, als Sozialisten sind wir Demokraten und Republikaner, mit Monarchisten vom Schlage Dr. Gerecke haben und dürfen wir nichts gemein haben!

Grohthiemig. Will die Wohnungskommission endlich arbeiten? Am 1. September fühlte der Gemeindevorsteher Hirsch sich endlich veranlaßt, die Wohnungskommission zu einer Sitzung einzuberufen. Das Vorspiel ist folgendes: Am 25. 8. hatte ein Wohnungsuchender sich energische Maßnahmen beim Kreisausschuß erbeten, da demselben seine jetzige Wohnung zum 1. Oktober gekündigt wurde. In der Sitzung wurde nun auf Vorschlag des Vorsitzenden der Wohnungskommission, Herrn Hirsch, beschlossen, für den Gen. Schuhmachermstr. Harig eine Wohnung im Hause des Herrn Gottlieb Matheus zu beschlagnahmen. Auf den Protest des Mietervertreters hin, daß in diesem Hause der Schuhmachermstr. Harig seinen Beruf nicht ausüben könnte, da die Wohnung viel zu klein sei, antwortete der Gemeindevorsteher, daß das ihm gleich sei und ihm nichts ange. Auf eine weitere Frage des Mietervertreters, wer denn eigentlich die Wohnung, die im jetzigen Zustand unbewohnbar sei, ausbauen soll, erwiderte der Gemeindevorsteher: „Der Mieter kann zusehen, wie er mit dem Besitzer des Hauses fertig wird." Auf den Vorschlag des Mietervertreters, doch andere Wohnungen, z. B. bei Herrn Naumann, zu beschlagnahmen, antwortete Herr Hirsch ausweichend. Wir machen darauf aufmerksam, daß bei Herrn R. genügend Räume vorhanden sind, desgleichen bei dem Gemeindevorsteher selbst; auch beim Pfarrer Krage. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde nochmals die Wohnungsangelegenheit im Diakonat besprochen. Der Gemeindevorsteher erklärte auch hier wieder gewunden, daß da nichts zu machen sei, weil der Pastor Krage nicht will. Es ist an der Zeit, daß hier endlich einmal mit der Halbheit auf diesem Gebiet Schluß gemacht wird. Die Wohnungskommission hat unbeirrt ihres Amtes zu walten. Auch der Gemeindevorsteher muß in diesem Sinne arbeiten und darf nicht vor einzelnen Personen Halt machen. Auch nicht, wenn es seine Freunde und Verwandten sind.

Bockwitz. Mitgliederversammlung. Am Montag abend fand unsere Monatsversammlung, die ziemlich gut besucht war, statt. Gen. Berg gab den Kassenbericht vom zweiten Quartal, dessen Fertigstellung sich leider verzögert hatte. Den Bericht der letzten Gemeindevertretersitzung gab Gen. Albin Schlüter. Bei der Besprechung der allgemeinen politischen Lage meldeten sich verschiedene Genossen zum Wort. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Verhalten der Reaktion mit schärfster Aufmerksamkeit beobachtet werden müsse und daß im Kampf gegen die Rechtsbolschewisten die gesamte Arbeiterschaft eine Einheitsfront bilden müsse. — Zum Bezirkstag nach Halle wird die Genossin Thiemann entsandt. — Gen. Kusat gab die Anregung, auch hier zu versuchen, eine Jugendbewegung ins Leben zu rufen. Die nötigen Aufklärungsschriften sollen angefordert werden.

Bockwitz. Protestversammlung. Das Gewerkschaftskartell, SPD., USP. und KPD., hatten vereint zu Sonntag, dem 4. d. M. zur Protestversammlung gegen politischen Meuchelmord und Reaktion aufgerufen. Der Referent des Tages Naumann (Mühlberg) rief alle Arbeiter, Beamte, alle republikanisch denkenden Deutschen auf, wachsam zu sein gegenüber dem Gebahren der Reaktion, die frecher denn je ihr Haupt erhebt und die da glaubt, die Zeit wäre gekommen, daß sie wieder sich an die Spitze setzen könne, zu neuer Verelendung der arbeitenden Klassen. Seid einig, wenn der Ruf an euch ergeht zum Kampf gegen neue Unterdrückung und Sklaverei, so klang die Rede aus. Zum Schluß wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Massenversammlung aller Arbeiter und Beamten des republikanisch gesinnten Volkes des Bockwitzer Ländchens legen den schärfsten Protest ein gegen jede wirtschaftliche und politische Unterdrückung durch die Kapitalsmacht und deren Helfer, die organisierte Konterrevolution. Das heute versammelte Proletariat des Ländchens fühlt sich eins mit dem gesamten Proletariat Deutschlands und der Welt, und ist gewillt, Schulter an Schulter zu kämpfen gegen jede brutale Gewalt wirtschaftlicher und politischer Natur, bis das Ziel, die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Errichtung der sozialistischen Republik erreicht ist. Das gesamte Proletariat muß die Einheitsfront herstellen, um die auf der Lauer liegende Konterrevolution mit Stumpf und Stiel auszurotten." Es wurden dann die bekannten fünf Forderungen angenommen.

Beschleunigung der Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes.

Nur den berechtigten Klagen der Kriegsbeschädigten über zu langsames Fortschreiten der Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes abzuhelfen, hat das Reichsarbeitsministerium sich entschlossen, die Umanerkennung der Beschädigten nicht mehr von den Hauptversorgungsämtern, sondern von den Versorgungsämtern vornehmen zu lassen. Während bisher die Versorgungsämter nur bei der Vorbereitung der erstmaligen Neufeststellung der nach früheren Militärversorgungsgesetzen berechneten Beschädigtenrenten mitwirken konnten, die Feststellung selber aber den Hauptversorgungsämtern vorbehalten war, soll diese Arbeit in Zukunft grundsätzlich von den Versorgungsämtern selbständig ausgeführt werden.

Durch den Fortfall der Tätigkeit des Hauptversorgungsamtes wird also zweifellos eine große Beschleunigung in der Durchführung der Beschädigtenversorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz erreicht werden. Die bei den Hauptversorgungsämtern freiwerdenden Arbeitskräfte sollen einerseits der Beschleunigung der Umanerkennung der Hinterbliebenen, die nach wie vor bei den Hauptversorgungsämtern erfolgt, zugute kommen, andererseits sollen sie zum Teil den Versorgungsämtern zur Verfügung gestellt werden.

Die vom Reichsarbeitsministerium erlassene Verordnung wird im Laufe der nächsten Monate in der Weise durchgeführt werden, daß bis zum 1. Januar 1922 im allgemeinen alle Versorgungsämter mit der selbständigen Bearbeitung beauftragt werden. Bis dahin sollen die Versorgungsämter, die noch nicht selbständig entscheiden, doch die Vorbereitung weiter als bisher durchführen, sodaß die Akten nur noch einer Ueberprüfung durch das Hauptversorgungsamt bedürfen.

Wenn alle an der Bearbeitung der Versorgung beteiligten Stellen verständnisvoll Hand in Hand arbeiten, ist von der Neuerung eine wesentliche Beschleunigung mit Sicherheit zu erwarten.

Aus aller Welt.

„Der Löwe ist los!" Eine recht verwegene List, die von Taschendieben in Leipzig sehr erfolgreich angewendet wurde, wird uns von dort gemeldet. Der Zoologische Garten war dieser Tage infolge des schönen Wetters wohl das Ziel von 30 000 Besuchern. Plötzlich erscholl der Ruf: „Der Löwe ist los!" Da man meinte, daß einer der Hagenbeschen Löwen ausgebrochen sei, entwickelte sich eine unglaubliche Panik unter den Besuchern, während der mehrere Taschendiebe reiche Beute machten. Zahlreiche Portemonnaies, Damentaschen, Uhren und Ketten waren plötzlich verschwunden. Der Löwe aber saß ganz friedlich hinter dem Gitter.

Schweres Explosionsunglück in einem Café. Wie Liberté aus Bayonne meldet, ist gestern in einem Café infolge einer Explosion Feuer ausgebrochen. Sechs Personen wurden schwer verletzt, eine davon ist bereits gestorben.

Blutbad einer Geisteskranken. Die Frau des Pferdehändlers Leck aus Lünen bei Arnsberg schnitt in einem Anfall von Geistesstörung ihren drei Kindern mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Der älteste Sohn versuchte zu fliehen, wurde aber von der Rasenden eingeholt und ebenfalls getötet. Dann flüchtete die Frau zur Polizeiwacht, wo sie sofort in einen tiefen Schlaf fiel. Als sie wieder erwachte war ihr jede Erinnerung an das Vorgefallene entschwunden.

Schweres Automobilunglück bei Rotterdam. Mittwoch nachmittag ereignete sich bei der Stadt ein Automobilunglück. Ein neuer Wagen wurde mit einer Schnelligkeit von 100 Kilometern probiert. An einer Wegkurve stürzte er um, wobei ein Ingenieur und ein Monteur sofort getötet wurden. Der Führer erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Feuersbrunst in Südtirol. Nach einer Meldung des L. A. hat in Südtirol eine Feuersbrunst das Dorf Nolkenz, einen bekannten Kurort, zerstört. Ueber 120 Häuser sind eingeäschert. 700 Personen sind obdachlos.

Amtliche Bekanntmachungen für Eisleben.

Gutscheine für verbilligte Milch werden an die bisherigen Gutscheininhaber für die Zeit vom 5. September bis einschließlich 2. Oktober zum Werte von 40 Pfg. je Liter Vollmilch im Wirtschaftsamt, Zimmer 3, ausgegeben:

Donnerstag, den 8. September für Kunden der Milchverkaufsstellen 1, 9, 11.

Freitag, den 9. September für Kunden der Milchverkaufsstellen 2, 7.

Sonnabend, den 10. September für Kunden der Milchverkaufsstellen 3, 5, 10.

Montag, den 12. September für Kunden der Milchverkaufsstellen 8, 4, 6.

Eisleben, den 7. September 1921.

Der Magistrat. Dr. Waltsgott.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0007

Wirtschaftliche Glossen zum Tage.

Von Edwin Carpow.

Der „Reichsanzeiger" ist an manchen Tagen doch die interessanteste und (hier und da) auch die erfreulichste Tageszeitung. So war es z. B. am 25. August; an diesem Tage brachte er die amtliche Statistik der deutschen Kohlenerzeugung in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres. Diese Statistik zeigt, dank dem erheblich besseren Ausfallen der Kohlengewinnung im Vergleich zu den vorhergehenden Monaten, einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem vorigen Jahre und nicht, wie man vor vier Wochen noch hatte befürchten müssen, einen Rückschritt. Es ergaben sich nämlich folgende Förderziffern für Steinkohle:

Deutsches Reich (ohne Saarrevier und Pfalz)

	Millionen Tonnen	
	Juli	Januar bis Juli
1913	15,6	100,3
1920	11,5	73,4
1921	10,7	77,2

Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als namentlich die Verhältnisse in Oberschlesien und die Einstellung des Verfahrens von Ueberschichten einen großen Förderungsrückgang bewirkt hatten. Ganz ist die Förderung des vorigen Jahres ja im Juli noch nicht wieder erreicht worden, nachdem sie zu Anfang des Jahres bereits überschritten gewesen war, aber das Schlimmste ist doch wieder einmal beschworen. Ein noch günstigeres Bild ergibt die Braunkohlenförderung. Es wurden nämlich gefördert:

Deutsches Reich (ohne Saarrevier und Pfalz)

	Millionen Tonnen	
	Juli	Januar bis Juli
1913	7,5	49,4
1920	9,2	61,4
1921	10,1	69,9

Wenn man die Zahlen für Braunkohle nach dem bekannten Satz von 1:1,9 in Steinkohlenbrennwerte umrechnet, so ergibt sich für die Versorgung des gegenwärtigen Deutschlands folgendes vergleichende Bild der Steinkohlenbrennwertförderung:

Es wurden gefördert	Millionen Tonnen
1913	126,3
1921	114,0
1913 mehr als 1921	12,3

noch nicht ausgeglichener Rückgang in Prozent von 1913 = 9,8

Warum unter diesen Umständen die deutsche Regierung auf eine zeitweilige Herabsetzung unserer Kohlenlieferungsrate an Frankreich gedrängt hat, ist dem einfachen Sterblichen nicht ganz begreiflich. Die Reparationskohle wird uns auf die Reparationsschuld angerechnet, wir haben also an sich ein starkes wirtschaftliches Interesse daran, soviel Kohle abzuliefern, wie unsere Volkswirtschaft nur irgend aufbringen kann. Man könnte meinen, daß Vorsicht wegen des großen Mindererertrages der Kohlenförderung in den letzten Monaten vor dem Juli der Grund gewesen sei; dann bleibt aber wieder unerklärlich, warum dieser Akt der Vorsicht erst, soweit die Oeffentlichkeit etwas davon erfahren hat, gegen Ende Juli erfolgt ist, also zu einer Zeit, zu der an amtlichen Stellen der erfreuliche Umschwung, den der Juli gebracht hat, doch schon bekannt gewesen sein muß.

*

„Wohl dem, der frei von Schuld und Fehle bewahrt die kindlich reine Seele," singt das furchtbare Geschlecht der Nacht bei Schiller. Daß es solche kindlich reinen Seelen noch gibt, die von der Not und dem Elend ihrer Mitbürger nichts wissen, dieses wird bewiesen durch die Existenz von Aktionären der „Rheinischen Glashütten-Aktiengesellschaft Köln-Ehrenfeld". In dem wieder einmal interessanten „Reichsanzeiger" vom 26. August steht nämlich der Jahresabschluß dieser Gesellschaft drin, wie ihn der Vorstand veröffentlicht. Da wird bekannt gegeben, daß für dieses Jahr die Aktionäre **70** Prozent Dividende ausgezahlt kriegen — dank der fetten Bilanz und nach dem Beschluß der Generalversammlung. Daß aber damit nicht etwa eine leichtsinnige Vergeudung sauer erworbenen Geldes vorgenommen wird, sondern daß Vorsicht bei der Bilanzaufstellung gewaltet hat, zeigt der Umstand, daß folgende Vermögensstücke in die Bilanz nur mit zusammen **10** (in Buchstaben: zehn) Reichspapiermark eingestellt sind:

Arbeiterwohnungen, Heizungsanlage, elektrische Anlage, Motoren, Mobilien, Utensilien, Fuhrpark, Glasformen, Patente, Oefen, Maschinen, Apparate.

Stille Reserven sind also genug vorhanden, denn alle diese Produktionsmittel, durch die man bei drei Millionen Mark Aktienkapital 2,6 Millionen Mark in einem Jahr rein verdient hat, sind abgeschrieben. Man braucht sie bloß mit ihrem wahren Wert einzusetzen, um noch einige Dutzend Prozent Dividende bezahlen zu können. Offenbar sind diese Aktionäre und die Direktion, die ihre Beschlüsse ausführt, und wohl auch anregt, völlig ahnungslos gegenüber der deutschen Not; sonst würden sie doch wenigstens versucht haben, das Ergebnis ihrer Bewucherung des Volkes ein bißchen zu verhüllen. I wo, fällt ihnen ja gar nicht ein.

*

Zur Abrundung ein weiteres Zahlenbild, das zwar, wie alle „trockenen Zahlen", vielleicht auf den ersten Blick nicht allzu fesselnd sich anläßt, aber bei näherer Betrachtung doch dem einen oder anderen gefällt, weil es so harmonisch mit den großen Gewinnen der Kölner Glasblase-Aktionäre zusammenstimmt. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht allwöchentlich einen Börsenindex. Dieser besteht aus einem Teilindex A der festverzinslichen Werte, einem Teilindex B der Aktien und einem Gesamtindex. Die Veröffentlichung ergab ab 27. August folgendes Bild:

	1921		
	7. Mai	19. August	26. August
A	1 175	1 224	1 231
B	12 914	17 558	18 244
Gesamtindex	14 089	18 782	19 475

Oder, wenn der Stand am 1. Januar 1920 gleich hundert gesetzt wird, so stellt sich der Gesamtindex folgendermaßen dar:

7. Mai 1921	160
19. August	214
26. August	222

Das heißt: wer in diesen Papieren am 1. Januar 1920 1000 Mark angelegt hat, der hat, abgesehen von allen Dividenden, durch das bloße Besitzen dieser Papiere inzwischen noch einmal 1222 Mark daran verdient, was pro Jahr einer Dividende von etwa 80 Prozent gleichkommen würde. Nimmt man die wirkliche Dividende hinzu, so kommt man auf ungefähr hundert Prozent Reingewinn pro Jahr. Das ist der Typus, nach dem der Kapitalist Geschäfte macht, während die Arbeiter hungern und die Durchsetzer hoher direkter Steuern ermordet werden. Eine merkwürdige Zeit! Sie wird dereinst in der Weltgeschichte gewiß den Wert eines abscheulichen Kuriosums haben, etwa so wie eine Schreckenskammer des Mittelalters mit Daumenschrauben, Glühzangen und Eiserner Jungfrau. Nur eins wird noch dabei sein, was im Mittelalter fehlte: die eiserne Stirn, mit der so etwas für „Wiederaufbau" ausgegeben wird und mit der man vor dem „Sprung ins Dunkle", der — Sozialisierung, warnt.

Genossenschaftliches.

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften stieg im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5 479 073 auf 7 890 102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Hunderttausende Gewerkschafter ihren Lebensbedarf unter Bereicherung privatkapitalistischer Unternehmer decken. Der genossenschaftlichen Werbearbeit steht also noch ein weites Feld offen.

Sie kommt

Juliana

das Gorillamädchen

Halb Weib!

Halb Gorilla!

10000 Mark Belohnung

Demjenigen, der nachweist, dass „Juliana" in einem Fell steckt!

Zum Jahrmarkt nach Halle.

Verdingung.

Der **Kartoffelbedarf** der Schutzpolizei der Stadt Halle für die Zeit vom 1. November 1921 bis 31. Oktober 1922 etwa 3500 Ctr. soll auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Die Bedingungen liegen bei dem Verwaltungsamt der Schutzpolizei Halle, Reilkaserne, Zimmer 93a aus, oder können gegen eine Gebühr von 3,— Mk. erworben werden.

Das Verwaltungsamt der **Schutzpolizei Halle.**

Familien-Nachricht.

NACHRUF.

Am 6. September 1921 nachmittags 3½ Uhr verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Jugendgenosse, der Landwirt

Friedrich Scharlach

im blühenden Alter von 19 Jahren. Sein offener ehrlicher Charakter, sein freundliches zuvorkommendes Wesen, sein eifriges Interesse, das er jederzeit unserer Bewegung entgegenbrachte, sichern ihm ein Andenken über das Grab hinaus. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

Arbeiter-Jugend Kelbra.
I. A. **Paul Bauersfeld**, Vorsitzender.

Ich bringe sehr billige Preise für gute **Schuhwaren** wovon Sie bitte ausgiebig Gebrauch machen wollen.

Wenige Beispiele sollen Sie davon überzeugen:

Schnürhalbschuh Lackk., Lederausführung 88⁵⁰	Damenstiefel Lackbesatz 35/38. 98⁵⁰	Strassen- u. Hausspangenschuh bequem und gut 78⁵⁰
Damenstiefel Rindbox Strapaziers., Lederaus. 138⁵⁰	Damenstiefel Lack Roßchevr. Lederaus. 148⁵⁰	Herrenstiefel Rindbox, gut i. Tragen und Verarbeitung, Lederaus. 158⁵⁰

Kinderstiefel — Sandalen — Turnschuh — Hausschuh — Lederpantoffeln und sächsische Filzwaren verkaufe ich zu auffallend billigen Preisen.

Auf jeden Fall besichtigen Sie vor Einkauf meine Fenster und Sie sparen viel Geld.

Schuhhaus Roland, Steinweg 19.

Damen- und Kinder-Stiefel

Das preiswerte, gute Schuhwerk!

Alleinverkauf

Loewendahls.

Stellen finden.

Maurer

stellt ein

J. C. Möbus, Baugeschäft, Ammendorf.

Wir suchen einen tüchtigen

Böttcher

zur Ausbesserung von Fässern für flüssigen Inhalt.

Elektrochemische Werke, G. m. b. H., Bitterfeld.

Vermischtes

Auf Abzahlung!

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Anzüge, Gardinen, Kleiderstoff, Bettbezüge, Handtücher, Hemden, Damen-Beinkleider, Schürzen.

Carl Rasemann
Alte Promenade 35, I.

Pianos

gediegen und preiswert bei bequem. Ratzweise
Erstklassige Ausführung.
Sicherste Garantie.
Albert Hoffmann,
Am Riebeckplatz 1.

Sonder-Angebot.
1 Posten
Einsatz-, Normal-, Barchent-Hemden
zu alten Preisen.
Wäsche- und Wollwaren-Lager
Große Ulrichstraße 25, Ecke Jägergasse.

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen

der Sozialdem. Partei.

Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 6900.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Holzweißig. Freitag, den 9. Sept., abends 8 Uhr, beim Gastwirt Schröter. Mitgliederversammlung des Sozialdemokrat. Vereins. Alle Genossinnen und Genossen sind hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Weißenfels. Arbeiterjugend. Freitag, den 9. Sept., abds. 7½ Uhr, im „Stadttheater" (Volkshaus), Zimmer 1 Zusammenkunft. Es wird gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Ammendorf. Montag, den 12. Sept., abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Vogel-Halle spricht über „Die politische Lage". Den Bericht des Bezirksparteitages gibt Gen. Reinhard. Volksstimmeleser u. Gäste sind herzlich eingeladen. **Der Vorstand.**

Eisleben. Die für Freitag angesagte Funktionärsitzung findet nicht statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210908-19/fragment/page=0008